Morgen-Ausgabe.

Annoncen-
Annahme-Bureaus
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 16.)
bei C. H. Ulrici & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei L. Streisand,
in Breslau b. Emil Kabath.

# Posener Zeitung.

Achtzigster Jahrgang.

Annoncen-
Annahme-Bureaus
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien
bei G. L. Daube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Görlitz
beim „Invalidendank".

№ 129.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 21. Februar
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1877.

## Aus dem Abgeordnetenhause.

Gelegentlich der Forderung für den Posten eines Unterstaatssekretärs im Ministerium des Innern ist im Abgeordnetenhause die Stellung der Unterstaatssekretäre in den Ministerien überhaupt grundsätzlich zur Sprache gekommen. Es sind in dieser Diskusion mehrfach Meinungsverschiedenheiten hervorgetreten. Einerseits wurde hervorgehoben, daß es sich hier um eine Einrichtung von politischer Bedeutung handle, indem es die politische Stellung des Ministers wesentlich erhöhe, wenn ihm von Amtswegen ein besonderer Vertreter beigegeben werde. Das konstitutionelle System, so wurde hinzugefügt, bedürfe bei uns aber noch des weiteren Ausbaues, ehe man in unseren Ministerien Unterstaatssekretäre von derselben Bedeutung wie in anderen konstitutionellen Staaten haben könnte. Andererseits wurde zugegeben, daß die Nothwendigkeit für eine geschäftliche Entlastung der Minister zu sorgen, unbestreitbar sei. Hierzu bemerkt die „Berl. Aut. Korr.":

Aus dieser Diskussion geht jedenfalls hervor, daß die Stellung des Unterstaatssekretärs, wie sie bei uns in einigen Ministerien besteht, einer Klärung bedarf. Es liegen heute noch die politischen Funktionen des Unterstaatssekretärs und die administrativen der Ministerialdirektoren im Gemenge. Um diese Unklarheit zu beseitigen, schien es Einigen das Richtigste zu sein, den Posten zunächst im Ministerium des Innern, wo derselbe schon seit längerer Zeit unbesetzt geblieben ist, zu beseitigen, indem die dafür in dem Etat eingestellte Summe nicht weiter bewilligt würde. Es wurde schließlich jedoch der Ausweg vorgezogen, durch Einstellung eines besonderen Titels für den Unterstaatssekretär in dem Etat auszudrücken, daß die Stellung desselben eine von dem übrigen Beamtenpersonal abgesonderte sein solle. Gelegentlich dieser Verhandlung erhob sich neben der prinzipiellen Erörterung noch eine sehr lebhafte Debatte über die Frage, ob dem gegenwärtigen Minister diese Forderung bewilligt werden solle. Dieser hatte bekanntlich den Posten jahrelang (seit dem Abgange Bitters) unbesetzt gelassen und die so ersparten Gelder an verschiedene Ministerialbeamte vertheilt. Diesem Uebelstande sollte abgeholfen werden. Es wurde zu diesem Zwecke der Vorschlag gemacht, die Forderung zwar zu bewilligen, aber mit der Klausel, daß für den Fall der Nichtbesetzung des Postens nur ein bestimmter Theil des ausgeworfenen Gehaltes (3000 von 15,000 M.) dem Minister zur Verfügung stehen solle, um den mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Unterstaatssekretärs betrauten Ministerialdirektoren daraus Remunerationen zu gewähren, daß er den Rest dagegen als erspart nachweisen müsse. Der Minister des Innern schien seinerseits die Angelegenheit lieber durch eine prinzipielle Entscheidung erledigt zu wünschen, als der vorgeschlagenen sachgemäßen Auskunft zustimmen zu sollen. Nachdem die Sache jedoch an die Budgetkommission verwiesen wurde und dort zu einer objektiven Verhandlung gelangt ist, ist in derselben eine volle Verständigung herbeigeführt worden, indem der vorerwähnte Antrag vom Hause unter Zustimmung des Ministers genehmigt wurde.

Ueber den Antrag Reichensperger, betreffend die Einziehung der Einkünfte aus den Pfarrdotalgütern in der Rheinprovinz hat in der Justizkommission des Abgeordnetenhauses ein lebhafter Meinungsaustausch stattgefunden. Die oben bezeichnete Korrespondenz der Nationalliberalen äußert sich hierzu wie folgt:

Als der Antrag im Abgeordnetenhause eingebracht wurde, war zunächst die Ansicht vorwaltend, daß die Sache als eine schwebende Prozeßangelegenheit sich nicht zur Diskussion im Hause eigene. Erst als bei der Begründung des Antrages zu Tage trat, daß die Regierung durch Einlegung des Kompetenzkonfliktes den Rechtsweg abzuschneiden versuchen möchte, gewann die Sache ein anderes Aussehen. Die Redner der liberalen Parteien wiesen darauf hin, daß vor Allem der Rechtsweg gesichert werden müsse, gleichviel welcher Ansicht man über die materielle Seite der Frage sei, und sie beantragten deswegen, daß der Antrag zunächst an die Justizkommission verwiesen werde, damit vor Allem die Lage des Falles festgestellt werde. In der Kommission stellte sich nun der betreffende Theil der Beschwerde als begründet heraus, da eine ziemlich schroffe Erklärung des Regierungsvertreters erkennen ließ, daß die Regierung von der Auffassung geleitet werde, der Rechtsweg dürfe nicht zugelassen werden. Diese Erklärung wurde indessen später gemildert, und die Diskussion nahm darauf einen mehr sachlichen Charakter an. Die Justiz-Kommission hat beschlossen, daß dem Antrage unter dem Gesichtspunkte Folge zu geben sei, daß der Rechtsweg nicht verkümmert werden solle. Es ist aller Grund vorhanden, anzunehmen, daß darauf hin eine Verständigung stattfinden werde. Die Frage an sich ist eine überaus wichtige und ist mit Recht vom Zentrum als eine solche behandelt worden. Indem die Mehrheit des Hauses dieser Auffassung beitrat, hat sie bewiesen, daß sie keineswegs gesonnen ist, über wirklich gerechtfertigte Beschwerden des Zentrums hinweg zu gehen. Ueberall wo die Mitglieder des Zentrums sich auf den Rechtsstandpunkt stellen und nichts weiter verlangen, als daß die Gesetze des Landes geachtet werden, wird die Mehrheit des Abgeordnetenhauses stets geneigt sein, ihnen entgegen zu kommen und mit ihnen für Recht und Gesetz einzutreten.

## Deutschland.

△ Berlin, 19. Februar. Der Kaiser wird am Donnerstag, Mittags 1½ Uhr persönlich die Eröffnung des Reichstags vollziehen. — Heute Mittag hat eine Bundesrathssitzung stattgefunden, in welcher u. A. der Antrag in Betreff des Sitzes des Reichsgerichts zur Verhandlung und muthmaßlich zur Entscheidung gekommen ist. — Die vereinigten Ausschüsse des Bundesraths für Handel, Verkehr und für Rechnungswesen haben beantragt, an Goldmünzen weitere 40,000 Pfund in Kronen und halben Kronen, und an Silbermünzen, da die übrigen Münzen hinreichend vorhanden sind, nur noch Zweimarkstücke in Betrage von 19,000,000 Mark und Pfennigstücke im Betrage von 25,000,000 Mark auszuprägen, darauf aber mit der weiteren Ausprägung von Silbermünzen innezuhalten. — Es ist bereits darauf hingewiesen worden, daß in Folge der ungünstigen Arbeitsverhältnisse viele in Belgien weilende deutsche Arbeiter sich in großer Noth befinden. Der Minister des Innern hat daher die Provinzialbehörden veranlaßt, die Arbeitsbevölkerung in geeigneter Weise vor dem Arbeitsuchen in Belgien zu warnen. Zugleich soll darauf aufmerksam gemacht werden, daß fremde Arbeiter nur gegen Vorweis oder Hinterlegung eines regelmäßigen Reisepasses in Belgien ein Arbeitsbuch erhalten, während alle anderen Papiere, wie Taufschein, Militärpaß u. s. w. nicht genügen. — Der Handelsminister hat bereits vor vierzehn Tagen die Regierungen derjenigen Bezirke, in welchen besonders dringende Nothstände vorhanden sind, darauf hingewiesen, Schritte zu thun, der arbeitslosen Bevölkerung, Gelegenheit zur Beschäftigung bei Chaussee- und Wegebauten zu verschaffen. Nun sind allerdings diese Bauten nach der jetzigen Gesetzgebung der Sorge der Provinzen und Kreise unterstellt, und die Regierung muß sich darauf beschränken, die Kreise zu schleuniger Inangriffnahme zu veranlassen. Endlich sol darauf geachtet werden, daß mit dem Bau nichtchaussirter Wege in thunlichst großem Umfange vorgegangen werde.

Ω Berlin, 19. Februar. Die Erwartung, daß Rußland mit Beginn des Frühjahrs den Krieg gegen die Türkei eröffnen werde, hat hier in den letzten Wochen den Charakter einer fast allgemein getheilten Ueberzeugung angenommen. Die Gründe hierfür vermögen jedoch kaum in etwas Anderen, als in der Auffassung gesehen zu werden, daß der erstgenannte Staat schon zu weit gegangen sei, um jetzt noch von dem einmal eingenommenen Standpunkte zurücktreten zu können, und daß sich dadurch dessen Berufung auf eine Entscheidung der Waffen ganz von selber bedinge. So scharf jedoch von hier die russischen Rüstungsvorgänge auch beobachtet werden, so liegen begründete Mittheilungen über eine weitere Ausdehnung der russischen Rüstungen bisher doch noch nicht vor, wohl aber wird das Eingehen von hierauf bezüglichen Nachrichten, ebenfalls schon seit Wochen, man möchte sagen, täglich erwartet. Die Zusammensetzung und die Ordre de bataille, der schon im vorigen Herbst aufgestellten russischen Südarmee sind bekannt. Dieselbe soll jedoch nach den neueren erlassenen Bestimmungen erforderlichenfalls nicht nur mit vier, sondern mit ihren gesammten sechs Infanterie-Corps und den denselben zugetheilten sechs regulären Kavallerie-Divisionen eine etwaige Offensive gegen die Türkei aufnehmen. Der wirkliche Kombattantenstand dieser Armee wird neuerdings zu 168,800 M. mit 648 Geschützen angegeben. Zu den erforderlichen Küstenbesetzungen und vielleicht zur Bildung einer Reserve-Armee sind, wie berichtet wird, dieser Armee 4 Infanterie-Divisionen aus den Militär-Bezirken Warschau, Minsk und Moskau nachgerückt und theilweise bereits an ihren Bestimmungsorten eingetroffen. Ob diese Divisionen jedoch schon auf mobilen Stand gesetzt sind, erhellt aus den bisherigen Nachrichten noch nicht. Ebenso erscheint es noch zweifelhaft, ob das angeblich in der Stärke von 20 Kosaken-Regimenter und 8 Kosaken-Batterien zum Dienst einberufene zweite Aufgebot des Don-Kosaken-Woissko's schon bei dieser Armee eingetroffen ist. Auf mobilem Stand würde der so zum Anschluß an dieselbe vorgesehene, jedoch bis auf das vorerwähnte Kosaken-Aufgebot vorerst noch zu keiner offensiven Verwendung bestimmte Nachschub eine Kombattantenstärke von 88,000 M. besitzen. An wirklichen aktiven Verstärkungen sind der Südarmee, soviel darüber veröffentlicht worden ist, bisher nur das neuformirte Eisenbahn-Bataillon Nr. 3, die benöthigten Train-Kolonnen und Brücken-Equipagen, wie ein aus vier Abtheilungen bestehender Artillerie-Belagerungs- und ein Geniepark hinzugetreten, welch letzterer sich gegenwärtig in Chotim stationirt befinden. Auch die Zusammensetzung der zur Verwendung auf den etwaigen kleinasiatischen Kriegsschauplatz bestimmten und um Tiflis und in Georgien konzentrirten zweiten mobilen russischen Offensivarmee ist seit längerer Zeit bekannt. Dieselbe besteht aus der kaukasischen Grenadier-Division und den sämmtlich der kaukasischen Armee angehörigen Infanterie-Divisionen Nr. 20, 21, 39 und 40, wozu noch von der europäisch-russischen Armee zwei Infanterie-Divisionen hinzuzutreten bestimmt sind, ferner, aus der kaukasischen Dragoner-Division und der kaukasischen Schützen- und Sappeur-Brigade. Nach neueren Mittheilungen sollen jedoch von dem Kuban- und Terek-Kosaken-Woissko, welche zusammen bei ihrem Totalaufgebot 38 Kosaken-Regimenter a 6 Sotnien, insgesammt also 228 Sotnien oder Eskadrons, 14 Fuß-Bataillone und 7 Kosaken-Batterien stark sind, und die von den früheren Nachrichten bereits in voller Kriegsstärke bei dieser zweiten russischen Offensivarmee eingetroffen angegeben wurden, sich bisher erst 42, und nach der höchstgegriffenen Angabe 80 Sotnien wirklich derselben zugetheilt befinden, welche letzte Zahl dem gewöhnlichen Friedensstand dieser Woisskos genau entsprechen würde. Mit Inbegriff der noch erwarteten Verstärkungen und mit Einrechnung der vollen Kosaken-Aufgebote würde diese Armee zu einer Kombattantenstärke von mindestens 160,000 M. berechnet werden können, welche sie gegenwärtig aber offenbar noch lange nicht erreicht hat. Die Totalstärke der russischen Truppen in den Schwarzen-Meer-Distrikten und am Pruth könnte demnach gegenwärtig ohne Train, Stäbe ꝛc. auf zu p. p. 260,000 M. angenommen werden, von denen jedoch kaum 170,000 M. und mit Einschluß des zweiten Don-Kosaken-Aufgebots 186,000 M. aktiv zu werden vermöchten, die Totalstärke der an der Grenze von Türkisch-Kleinasien bereit gehaltenen russischen Streitkräfte dürfte hingegen zur Zeit 90,000 bis höchstens 96,000 M. schwerlich übersteigen. Beide Armeen stellen sich somit in ihrem unmittelbar verfügbaren Stande nur um wenig stärker, als schon im November und Dezember v. J. der Fall gewesen ist. Ohne ein Voraufgehen der Befehle zu noch neuen und umfassenden russischen Rüstungen muß deshalb auch eine faktische russische Kriegsaufnahme noch als wenig wahrscheinlich angesehen werden, wie langsam sich eine russische Mobilmachung abwickelt, davon aber hat die Konzentration der russischen Südarmee den schlagenden Beweis geliefert. Wenn jedoch eine Kriegseröffnung wirklich schon mit den dazu bisher nur bereit gehaltenen Kräften erfolgen sollte, so blieben die Chancen für einen raschen und zuverlässigen russischen Waffenerfolg sicher zunächst noch als wenig aussichtsvoll zu beurtheilen Der Stand der türkischen Aktiv-Armee wird in einer neueren, sehr bestimmt auftretenden Veröffentlichung, angeblich unter Abrechnung aller Festungsbesatzungen, für die türkische Donau-Armee zu 33 Infanterie-Regimentern, 31 Jäger-Bataillonen, 16 regulären Kavallerie- und 6 berittenen Tscherkessen-Regimentern, 68 Feldbatterien und 30 irregulären Korps in der Gesammtstärke von 140,000 M. mit 408 Geschützen angegeben, worunter sich aber nicht weniger als 50,000 Irreguläre inbegriffen befinden würden, wogegen die kleinasiatische türkische Armee in 84 Bataillonen, 6 regulären Kavallerie-Regimentern und 28 Feldbatterien, 95,000 M., darunter 15,000 Irreguläre, mit 168 Geschützen stark sein soll. In welchem Verhältniß bei einem wirklichen Kriegsausbruch diese Zahlenangaben mit dem faktischen Stärkebestand dieser Armeen übereinstimmen dürften, muß selbstverständlich abgewartet werden.

BAC. [Der Sitz des höchsten Reichsgerichts.] Bei der Diskussion, welche über die Justizgesetze in der letzten Reichstagssession stattgefunden hat, ist von den Gegnern der großen Justizreform wiederholt darauf hingewiesen worden, daß durch diese Gesetze ja doch kein Definitivum geschaffen, sondern ihr Inkrafttrelen in die Hände der Regierung gelegt worden sei, indem ja dazu noch drei ganz unentbehrliche Gesetze fehlten, deren Zustandekommen der Zukunft anheimgegeben sei. Diese drei Gesetze sind erstens das über den Sitz des höchsten Reichsgerichts — dasselbe ist bereits dem Bundesrathe vorgelegt; zweitens die Anwaltsordnung — nach einer Auskunft aus Württemberg ist dieselbe bereits im Entwurf den Regierungen mitgetheilt; drittens das Gerichtskostengesetz — über die Ausarbeitung des letzteren verlautet noch nichts, doch ist anzunehmen, daß dasselbe genügend vorbereitet ist, um dem Reichstage in seiner zweiten Session vorgelegt werden zu können. Jene Einwände sind daher als vollständig beseitigt zu betrachten. Was das Gesetz über den Sitz des höchsten Reichsgerichts betrifft, so hat der Justizausschuß des Bundesraths bisher noch keinen Beschluß darüber gefaßt. Wenn nun jetzt schon in der Presse eine sehr lebhafte Diskussion darüber stattfindet, so beweist dies zunächst das Eine, daß man im ganzen Reiche dieser Sache ein lebhaftes Interesse zuwendet; nur wird die politische Bedeutung, welche man der Sache beilegt, bei Weitem übertrieben. Daß die Wahl des einen oder anderen Ortes für den Sitz des höchsten Reichsgerichts eine die nationale Entwickelung fördernde oder hemmende Wirkung beimißt, ist vollständig irrig. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die Frage keineswegs zu betrachten; es handelt sich um eine Frage der Zuträglichkeit, bei der objektive Momente in Betracht kommen. Es ist eine Uebertreibung, wenn man auf der einen Seite von der Errichtung des höchsten Reichsgerichts in Berlin für die Unabhängigkeit der deutschen Rechtspflege eine Gefährdung besorgt, und wenn man auf der andern Seite davon eine besondere Wirkung in einheitlichem Sinne sich verspricht. Diese Töne sind viel zu hoch gegriffen. Es ist wahrscheinlich, daß die Verständigung über den Sitz des höchsten Reichsgerichts zwischen der Regierung und dem Reichstage ohne weitere Komplikationen herbeigeführt und rein aus sachlichen Gründen geschöpft werden wird.

— Das Abgeordnetenhaus hat uns und vielleicht sich selbst in seiner Sitzung vom 19. d. eine eigenthümliche Ueberraschung bereitet. Die Vorlage wegen Erweiterung der Verwendungszwecke der Provinzialdotationsfonds, welche das Haus bereits zweimal ziemlich glatt passirt hatte, sollte auf ein gänzlich unerwartetes Hinderniß stoßen. Es handelt sich bekanntlich darum, den Provinzen die Erlaubniß zu ertheilen, die ihnen zum Straßenbau überwiesenen Fonds auch zum Bau von Sekundäreisenbahnen zu verwenden. Der Abg. Windthorst (Meppen) deduzirte in den beiden ersten Lesungen, daß dem Gesetzentwurf als eigentliche Absicht der Gedanke einer allmäligen Abwälzung der gesammten Eisenbahnbaulast vom Staate auf die Provinzen innewohne. Nach einem triftigen Anhaltspunkt für diese Behauptung wurde er vergebens gefragt; wohl aber versicherte der Handelsminister wiederholt, daß eine Aenderung der Stellung der Staatsregierung sowohl gegenüber dem Eisenbahnwesen überhaupt wie gegenüber den Säkundärbahnen durchaus nicht beabsichtigt sei. In der Sitzung wurde freilich von dem Abg. Wehr eine Aeußerung eines Regierungskommissars mitgetheilt, die der Vermuthung Raum zu geben schien, als wolle sich der Staat durch den vorliegenden Gesetzentwurf ein für allemal der Verpflichtung, zum Bau von Sekundäreisenbahnen Beihülfe zu leisten, entledigen. Auch hier aber wurden sofort sämmtliche Bedenken durch eine Erklärung des Handelsministers beseitigt. Es war also von den verschiedensten Seiten und aufs Nachdrücklichste konstatirt, daß die Vorlage schlechterdings nichts weiter als eine Ausdehnung der Dispositionsbefugnisse der provinziellen Selbstverwaltungskörper bedeute, von welcher Gebrauch zu machen, ganz in ihr freies Ermessen gestellt war. Unter diesen Umständen mußte ein vom Abg. Windthorst (Bielefeld) gestellter Antrag, den Gesetzentwurf erst den einzelnen Provinziallandtagen zur Begutachtung vorzulegen, überflüssig erscheinen. Was aber noch mehr an ihm in Erstaunen setzte, war die Leichtigkeit, mit welcher hier ein von den liberalen Parteien stets aufs Entschiedenste betontes Prinzip in die Schanze geschlagen wurde, das Prinzip nämlich, daß in den Fragen der allgemeinen Landesgesetzgebung den provinziellen Körperschaften keinerlei Kompetenz einzuräumen sei. Nichts desto weniger wurde der Antrag Windthorst angenommen. Die Vorlage wird nunmehr also

zunächst an die Provinziallandtage gehen, um in der nächsten Session das Abgeordnetenhaus aufs Neue zu beschäftigen.

Vorher nahm das Haus die erste Lesung des Gesetzentwurfs, betreffend die Verwendung von Beständen für außerordentliche Bedürfnisse der Bauverwaltung u. s. w. vor. Die späte Einbringung des Entwurfs veranlaßte den Abg. v. Schorlemer, diesen oft beklagten Uebelstand von Neuem zu rügen und den Wunsch nach rechtzeitiger Mittheilung der Regierungsvorlagen zum Ausdruck zu bringen. Gegen den Inhalt des Entwurfs wurde namentlich geltend gemacht, daß damit die Kanalisirung der oberen Netze aufgegeben werde. Der Abg. v. Wilamowitz (Posen-Obornik) wies auf den Widerspruch hin, der darin liegt, daß erst kürzlich das Haus eine die Beschleunigung der Arbeiten des projektirten Kanals der oberen Netze betreffende Petition der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen habe, während der neue Gesetzentwurf über die hierzu bestimmten Gelder anderweitige Verfügungen trifft. Er trat energisch für den Bau des Netzekanals ein und wurde darin von dem Abg. Magdzinski (Buk-Kosten) unterstützt. Der Handelsminister bestritt freilich, daß das Kanalprojekt aufgegeben sei und berief sich zum Beweise auf die Motive des Entwurfs. Der sofortigen Ausführung stände aber die nicht entgegenkommende Haltung der Grundbesitzer gegenüber. Die Vorlage ging schließlich an die Budgetkommmission.

— Es ist dem Abgeordnetenhause eine Denkschrift überreicht worden über die Ausführung des Gesetzes vom 22. Juli 1876, betr. die Bewilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung des durch die Hochwasser im Frühjahr 1876 herbeigeführten Verheerungen und gemeingefährlichen Zustände. Es wurden damals 6 Mill. Mark zu diesen Zwecken aus dem preußischen Antheil der französischen Kriegskostenentschädigung bestimmt. Davon sind für die Erdarbeiten zur Verhütung eines neuen Bergrutsches bei Kaub 485,000 Mk. verwendet worden, für Entschädigung an einzelne Nothleidende und betroffene Gemeinden in den verschiedenen Ueberschwemmungsgebieten 1,515,000 Mk., für Wiederherstellung von Deichen und Uferschutzzwecken 2,500,000 Mk., für fiskalische Bauten 1,500,000 Mk.

— Die nationalliberale „Berl. Aut. Korr." richtet an die Mitglieder der nationalliberalen Partei des Reichstages nochmals die dringendste Aufforderung, sich schon im Laufe des 21. Februar, also am Tage vor der Eröffnung des Reichstages in Berlin einzufinden, damit schon am Freitag den 23. Februar die Präsidentenwahl vorgenommen werden kann. Das Budget wird, wenn nicht schon an diesem Tage, spätestens in der nächsten Reichstagssitzung vorgelegt werden.

— Wie bereits bekannt, ist der Abg. v. Gerlach den Verletzungen, die er am Freitag in Folge Ueberfahrens durch einen Postwagen erhielt, erlegen. Mit ihm ist eine vielgekannte politische Persönlichkeit geschieden. Ernst Ludwig v. Gerlach war am 7. März 1795 in Berlin geboren als der Sohn des letzten Präsidenten der kurmärkischen Kriegs- und Domänenkammer. Später fungirte sein Vater als erster Oberbürgermeister von Berlin. In den Jahren der Freiheitskriege gehörte der Verstorbene der preußischen Armee als freiwilliger Jäger unter Lützow an. Bis vor etwa 3 Jahren war er Präsident des Appellationsgerichtes in Magdeburg. Seine parlamentarische Thätigkeit begann 1849. Von 1849—51 gehörte er der ersten, von 1852—58 der zweiten Kammer, beziehungsweise dem Abgeordnetenhause an; er leitete lange Jahre hindurch die konservative Partei. Im Jahre 1873 wurde er als Kandidat der ultramontanen Partei im Wahl-Bezirk Sieg-Mülheim-Wipperfurth von Neuem zum Landtags-Abgeordneten gewählt und trat als „Hospitant" der Zentrumsfraktion bei. Am 10. Januar d. J. gelangte er auf die nämliche Weise im Wahlkreise Osnabrück zu einem Reichstagsmandate, das er nun durch seinen Tod auszuüben verhindert worden ist. Aus seiner Stellung als Appellationsgerichts-Präsident in Magdeburg (seit 1844) war Herr von Gerlach im Jahre 1874 ausgeschieden, nachdem er wegen eines Preßvergehen zu einer Strafe verurtheilt worden war. Die „Kreuz. Ztg.", an welcher der Verstorbene in früheren Jahren besonders thätig war, widmet ihm in einem Nachruf u. A. folgende Worte:

Ein ernster Christ und treuer Patriot ist heimgegangen zur ewigen Ruhe. Seinem himmlischen Könige hat er Treue bewahrt bis zum Tode und in langem wirkungsreichen Leben hat er im Kriege und im Frieden seinen irdischen Königen treu gedient. In den Stürmen der Revolutionszeit hat er mit seltenem Muthe und klarem Blicke Altar und Thron vertheidigt und die Schwankenden gestärkt. Einer der Hauptbegründer der christlich-konservativen Partei und dieser Zeitung hat er neben seiner umfangreichen amtlichen und parlamentarischen Thätigkeit eine lange Reihe von Jahren mit Rath und That unsere Zeitung gestützt und gehoben. Seine Rundschauen sind ein unvergeßliches Denkmal seiner Thätigkeit. Alle, welche diesen seltenen Mann kannten, haben, auch wenn sie nicht seine Ansichten theilten, ihn hoch verehrt und der Reinheit und Unbeugsamkeit seines Charakters, dem Reichthum seines Geistes und Herzens volle Anerkennung gezollt. . . . Wir trauern mit seiner Familie an dem Sarge eines treuen und muthigen Streiters für Christenthum und Königthum und werden ihm ein dankbares Andenken bewahren.

Der Zufall (der alte Herr selbst hätte vielleicht anders gesagt) hat es gewollt, daß er an dem Todestage Luthers, dem 18. Februar, aus dem Leben schied. In unseren parlamentarischen Versammlungen wird er vermißt werden, es gab dort wenige so originelle Charaktere, wie er.

— Der Nothstand und die von Staat und Kommune zu ergreifenden Mittel zur Abhilfe desselben bildete am Sonntag die Tagesordnung von sieben (vorher angekündigten) sozialdemokratischen und einer fortschrittlichen Volksversammlung. In den sieben sozialdemokratischen Versammlungen, welche sämmtlich sehr stark besucht gewesen sein sollen, wurde überall eine Resolution folgenden Inhalts beschlossen:

Das Reichskanzleramt wird durch eine Deputation ersucht, sofort diejenigen Reichsbauten in Angriff zu nehmen, für welche bereits die Baugelder bewilligt sind resp. bereit liegen. Ein gleiches Ersuchen wird an die preußische Staatsregierung bezüglich der preußischen Staatsbauten und an den berliner Magistrat wegen der Kommunalbauten gerichtet. Begründet wurde die Resolution von den Rednern u. A. mit einem Hinweis auf das Allgem. Landrecht, das das „Recht auf Arbeit" begründe, wenn es II. Theil, Art. 19. im § 6 bestimmt: „Der Staat ist berechtigt und verpflichtet, Anstalten zu treffen, wodurch der Nahrungslosigkeit seiner Bürger vorgebeugt und der übertriebenen Verschwendung gesteuert werde."

Die fortschrittlichen Gewerkvereine huldigen bekanntlich dem Prinzip der „genossenschaftlichen Selbsthilfe." Da die letztere aber in Zeiten wie die augenblicklichen erfolglos ist, hielten die Mitglieder der berliner Orts-Gewerkvereine gleichfalls am Sonntag eine sehr zahlreich besuchte Versammlung ab. Die Abgg. Franz Duncker, v. Saucken-Tarputschen, Eberty, Frentzel u. A. wohnten der Versammlung bei. Der Anwalt der deutschen Gewerkvereine, Abg. Dr. Max Hirsch, beantragte nach längerem Referat die Annahme folgender Resolutionen:

„Die Versammlung ꝛc. erklärt: Es ist Pflicht der Gemeinden, des Staates und des Reiches, dem gegenwärtigen außerordentlichen Nothstande der arbeitenden Klassen mit größter Energie abzuhelfen und verlangen wir insbesondere: 1) von der Gemeinde: die schleunigste Förderung der nützlichen Anlagen und Bauten und Niedersetzung einer Nothstands-Kommission; 2) vom Staate: Zuweisung der Materialbestellungen, soweit irgend möglich, an inländische Gewerbetreibende, Nothstands-Kredit an die Gemeinden und wirksame Parzellirung der Domainen; 3) vom Reiche: unverzügliche Inangriffnahme des Reichstagsgebäudes und anderer Bauten, Beseitigung der Konkurrenz durch die Zuchthausarbeit und Abschaffung der Salzsteuer. Wir halten es aber zugleich für Aufgabe des Staates und Reiches, durch eine wahrhaft freisinnige und volksthümliche Gesetzgebung, Anerkennung der Berufsorganisationen, gründliche Steuerreform und konsequent friedliche Politik der Wiederkehr solcher Nothstände vorzubeugen. Das Bureau wird beauftragt, diese Wünsche durch Deputationen und Petitionen an die obersten Kommunal-, Staats- und Reichsbehörden gelangen zu lassen."

Dr. Max Hirsch tadelte es insbesondere, daß eine große Anzahl dringend nothwendiger öffentlicher Bauten, für welche die Gelder von den betreffenden Volksvertretungen längst bewilligt seien, nicht in Angriff genommen werden. — Die Herren v. Saucken-Tarputschen und Frentzel erklärten sich mit der Resolution einverstanden, sie wandten sich aber gegen das Postulat des Parzellirungs-Systems der Domänen. — Auf die Bemerkung des Schuhmachermeisters Ostwald: Die Forderungen bezüglich der öffentlichen Bauten gleichen einem Tropfen, der ins Meer träufelt, erwiderte der Abg. Franz Duncker: Dieser Tropfen sei doch nicht so ganz bedeutungslos, denn es seien von Staats wegen etwa 500 Mill. Mark für öffentliche Bauten bewilligt und diese 500 Mill. Mark liegen augenblicklich müßig da. (?) — Die mitgetheilte Resolution wurde schließlich fast einstimmig akzeptirt.

**Pelplin**, 17. Februar. Der „Pielgrzym" schreibt über die Flucht eines Pfarrers:

„Auf ganz ungewöhnliche Weise hat in diesen traurigen Zeiten die Parochie Long (Dekanat Tuchel) ihren Pfarrer Guttmann verloren. Derselbe konnte bei seiner ungewöhnlichen Herzensgüte Niemandem etwas abschlagen und kam in Schulden, die er aus den Kirchenbaugeldern bezahlte. Als sich so seine Schuldenlast durch die Zinsen vergrößerte, wählte er nicht den Weg der Herren Stadtpfarrer Gutzmer, Brenk und Lizak, was in der gegenwärtigen Zeit sehr leicht zu ermöglichen war, sondern wollte der Kirche treu bleiben und um die Prozesse zu vermeiden, die doch die Parochie verwaist hätten, ging er Ende Januar ins Ausland. Daß er die Absicht hat, seine nicht unbedeutenden Schulden zu bezahlen, beweist das, daß er den Tag vor seiner Abreise alle kleinen Schulden bezahlte und die Kirchenrechnungen in bester Ordnung zurückließ. Die ihm sehr anhängliche Parochie und zahlreiche Freunde erklärten laut, sie würden das Fehlende gedeckt haben, wenn er sich ihnen anvertraut hätte!"

Wenn also ein Pfarrer seinen Gläubigern durchgeht und diesen das Nachsehen läßt, so ist das nach der Ansicht des pelpliner Jesuitenblattes frömmer und löblicher, als wenn er sich den Gesetzen des Staats unterwirft! Im Uebrigen scheint Herr Guttmann denn doch nicht so unschuldig zu sein, als ihn der „Pielgrzym" machen will. Wie man der „Th. Ostd. Ztg." schreibt, ist er mit 600 M. durchgegangen, für die er in Danzig Meßgewänder kaufen sollte. Ferner hat die durch den Weihbischof Jeschke vorgenommene Kassen-Revision bis jetzt einen Defekt von über 8000 Mk. ergeben, welchen Betrag nunmehr der Kirchenvorstand zu decken hat. Von dem Aufenthalt des p. Guttmann ist, aller Recherchen ungeachtet, bisher nichts bekannt geworden. Nach der „Conitzer Zeitung" befindet sich die Angelegenheit bereits unter den Händen des Staatsanwalts.

**Königsberg**, 18. Februar. Wie man der „Voss. Ztg." schreibt, ist Johann Jacoby lebensgefährlich erkrankt. Derselbe ist mit einem Steinleiden behaftet, das sich neuerdings bedenklich gestaltet hat. Jacoby's Arzt, Professor Möller, hat den Professor Schönborn hinzugezogen, und es steht eine Operation bevor. Ob dieselbe gelingen, und ob der 72jährige Mann dieselbe überstehen wird, läßt sich schwer voraussagen. Die Aerzte wenigstens sollen nicht unbedenklich sein."

**Karlsruhe**, 18. Februar. Die „Frankf. Ztg." schreibt: „Die „Karlsr. Ztg. vom 15. d. meldet in ihrem amtlichen Theile, daß der Generalmajor v. Bonin, Kommandeur der 55. Infanteriebrigade, „in Genehmigung seines Abschiedsgesuches" mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt werde. Die Thatsache dieses Abschiedes bestätigt das Gerücht von einer gelegentlich des letzten Hofballes entstandenen Differenz zwischen den Generalen v. Werder und v. Bonin. Was darüber mitgetheilt worden ist, besteht in Folgendem: Die Streitigkeit der beiden Generale kam bis vor den Großherzog. Dieser sprach zu Herrn v. Werder: „Der General von Bonin steht unter meinem Schutze!" Worauf Herr v. Werder: „Der General v. Bonin steht unter meinem Kommando!" Das Gerücht von dem Abschiedsgesuche des Generals v. Werder wurde von Berlin aus rasch dementirt, dafür wurde Herr v. Bonin verabschiedet."

## Großbritannien und Irland.

Die Depesche Lord Derby's an Sir Elliot, auf welche Gladstone die Aufmerksamkeit des Parlamentes gelenkt, ist vom 5. September datirt und lautet folgendermaßen:

Sir! Zur Richtschnur für die in der gegenwärtigen Sachlage gegenüber den türkischen Ministern Ihrerseits zu führenden Sprache ist es nöthig, daß Sie mit dem Stande der öffentlichen Meinung in England mit Bezug auf die Türkei genau vertraut seien. Ich bin verpflichtet, Sie davon in Kenntniß zu setzen, daß irgend welche früher gegen jenes Land gehegte Theilnahme durch die jüngsten beklagenswerthen Ereignisse in der Bulgarei vollständig ausgerottet worden ist. Die Berichte über die von den türkischen Truppen gegen die unglückliche und größtentheils widerstandslose Bevölkerung begangenen Gewaltthätigkeiten und Ausschreitungen haben in sämmtlichen Schichten der englischen Gesellschaft ein allgemeines Gefühl der Entrüstung hervorgerufen, und diese ist zu einer solchen Höhe gediehen, daß in dem äußersten Falle einer Kriegserklärung Rußlands gegen die Türkei Ihrer Majestät Regierung sich thatsächlich außer Stande sehen würde, behufs Vertheidigung des ottomanischen Reiches einzuschreiten. Solch ein Ereigniß, welches Sympathieen des Volkes in unmittelbaren Widerstreit gegen seine vertragsmäßigen Verbindlichkeiten brächte, würde England in eine sehr unbefriedigende und sogar demüthigende Stellung versetzen; und doch ist es unmöglich zu behaupten, daß, wenn der gegenwärtige Konflikt fortdauert, dieser Fall nicht eintreten werde. Der unter jeden Umständen höchst wünschenswerthe schleunige Abschluß eines Friedens wird unter diesen Erwägungen ein Gegenstand dringender Nothwendigkeit. Ihrer Majestät Regierung stellt es Ew. Exz. Ermessen anheim, die Gründe zu wählen, welche Sie geltend machen werden, aber Sie werden aus dem von mir Mitgetheilten ersehen, wie wesentlich es ist, die türkischen Minister über die Lage aufzuklären, in welche das Verhalten ihrer eigenen Behörden sie versetzt hat, und Sie werden erkennen, daß Sie ermächtigt sind, wenn die Gelegenheit es erfordert, die nachdrücklichste Sprache zu führen, um der Pforte die Räthlichkeit einer friedlichen Politik und der Mäßigung in den vorzuschlagenden Bedingungen einzuschärfen (tho enforce upon the Porte). Ich bin ꝛc. Derby.

So sehen wir die englische Politik sich schrittweise von der Türkei abwenden. Am 25. Mai stellt Lord Derby „eine lediglich moralische Unterstützung" für den Kriegsfall in Aussicht. Weit energischer wird diese Absicht in dem oben zitirten Erlaß vom 5. September betont;

---

## Plaudereien aus Berlin.

Vom Grafen Itz....

Der milde Winter hat zwar das Eisvergnügen unmöglich gemacht, aber dafür ist unser Thiergarten bereits so belebt wie im Frühling. Die improvisirten Korsofahrten in der Siegesallee sind besuchter als jemals; die eleganten Wagen werden nur sehr schnell von den aufgeweichten Wegen beschmutzt, den Reitern geht es noch schlimmer, sie bleiben fast im Morast stecken und bespritzen noch obenein die Spaziergänger. Trotz aller Pflege des Thiergartens sind die Straßen, welche hindurchführen noch immer schlecht. Holzpflaster oder Asphalt werden für unnütz gehalten und könnten doch gerade hier aushelfen. Der schöne Kurfürstendamm und der Korsoweg am alten Hofjäger geben den Beweis; seit länger als drei Jahren wurden sie nicht ausgebessert und sind doch noch im saubersten Zustande. Die Befürchtung, daß Asphalt bei Glatteis gefährlicher sei als Steinpflaster ist unbegründet, denn nirgends stürzen weniger Pferde als auf diesen vielbenutzten Wegen, während in den gepflasterten Straßen und in den chaussirten Thiergarten-Alleen die Pferde oft wie die Fliegen fallen.

Die beste Asphaltbahn besitzt der Skating-Rink im Thiergarten; wenn es noch so sehr geregnet hat, er ist bald wieder trocken und behält keinerlei gefährliche Glätte. Es ist freilich eine festgestampfte Masse von Marmorstaub über den Asphalt gelegt, indessen könnte für die Zierwege unseres Residenz-Parkes wohl auch diese freilich kostspielige Anlage gemacht werden.

Die Räume des Skating-Rinks sind bei nassem Wetter beinahe eine Wohlthat für die „schöne" Welt; ohne schmutzig zu werden kann man sich im Freien bewegen und gesellige Zusammenkünfte in zwangloser Form gleichzeitig haben. In Paris und London sind die Klubbs im Skating-Rink so beliebt und besucht, daß man höhere Eintrittspreise gestellt hat um Ueberfüllung zu vermeiden. In Berlin sind letztere kaum halb so hoch und doch findet man immer noch eine gewählte Gesellschaft. Während der Pause in den Winterfreuden der Jugend, welche durch die Hoftrauer entstanden ist, ersetzt der Rollschuh einigermaßen das Tanzen. Die Paare finden sich ungesucht und neulich wurde sogar zum Besten der Nogat-Ueberschwemmten ein kleiner Ball mit Fackelpolonaise improvisirt. Das zierliche Promenadenkostüm der neuen Mode, Pelzjäckchen mit reichen Knopfgarnirungen, war eigentlich vortheilhafter für die jungen Damen als die Schleppkleider von Tarlatan und Spitzengewebe.

Außer den Promenaden bilden nur die Theater eine beschränkte Gelegenheit zur Geselligkeit, denn selbst die kleineren Zirkel sind noch nicht wieder in Aufnahme gekommen, wenigstens nicht in den höchsten Kreisen. Der Hof besucht auch noch nicht die Theater und fehlte daher auch bei der großen Wohlthätigkeitsvorstellung, welche der vaterländische Frauenverein zum Besten der Nogatüberschwemmten veranstaltete. Es ist darüber in diesen Blättern schon berichtet worden. Bei der Darstellung der lebenden Bilder kam ein kleines, komisches Mißverständniß vor: um das Publikum anzulocken, stand auf dem Zettel: „dargestellt von 40 Herren und Damen aus der Gesellschaft „Frauenliebe und -Leben". Eine solche Gesellschaft unter diesem halb sentimentalen, halb frivolen Titel mußte große Neugier erregen, bis man erkannte, daß letzterer sich nur auf die lebenden Bilder beziehen sollte, die allerdings Szenen aus dem Frauenleben darstellten.

Die Wohlthätigkeitsbestrebungen bleiben übrigens in diesem bösen Winter eine Nothwendigkeit. So fand ein Bazar zum Besten des katholischen Krankenhauses im Palais des Fürsten Anton Radziwill statt und hatte einen noch reicheren Erfolg, als in früheren Jahren. Die schönen und neuen Räume der jetzigen fürstlichen Wohnung waren zum ersten Mal für das große Publikum geöffnet, ein Umstand, der vielleicht zur Steigerung des Besuches beitrug. Daß das unscheinbare zweistöckige Haus so großartige Säle enthält, hatten Viele wohl kaum für möglich gehalten. Der jetzige Besitzer ist Graf Grabowski, der es vom Fürsten Pleß gekauft, aber nie bewohnt hat. Der kostbare Ausbau und die neuesten Verschönerungen der Zimmer sind von dem Fürsten Radziwill auf eigene Kosten ausgeführt, der nebenbei noch eine Miethe von 36,000 Mark zahlt. Nur die Fürstin Mutter wohnt bei ihm, die übrigen Mitglieder der Familie Radziwill haben in den elegantesten Stadttheilen ebenso kostspielige Wohnungen.

In dem großen Saal der neuen Wohnung ist jedenfalls ebenso viel Pracht enthalten wie in der alten; vergoldeter Stuck schmückt die Wände, die bis in die Dachräume hochgewölbt und mit Deckengemälden reich verziert sind; die Treppengeländer bestehen aus Goldbronze und rothem Sammet, aber freilich der weiße Marmor fehlt, der die modernen Gebäude auszeichnet.

Die vornehmen Verkäuferinnen des Radziwill'schen Bazars, fast lauter Prinzessinnen und Reichsgräfinnen, waren zwar sehr entgegenkommend, hüteten sich aber vor jeglichem dringenden Anpreisen ihrer „wohlthätigen" Waaren, was mit Recht in Verruf gekommen ist. Dennoch war der Ertrag, namentlich am Frühstückstisch, reich; der spanische Gesandte legte eine Note mit „hundert" gezeichnet neben seine Tasse — vielleicht aber nur Mark. Die Diplomaten sind überhaupt auf diesen vornehmen Bazaren die besten Käufer, besonders der türkische Attaché, Turkan-Bey, bewies sich sehr freigebig. Sein reger Verkehr mit den hier anwesenden Russen läßt keine Schlüsse auf feindselige Beziehungen zu. Er ist wohl noch zu jugendlichen Alter für die Würde eines Botschafters, aber man bezeichnet ihn schon hie und da als Nachfolger von Edhem Pascha (?).

Die Ausstellungstage der Kochkunst in den schönen Räumen der Reichshallen brachten viel Bewegung im schaulustigen Publikum hervor; es war ein Bild der Vergänglichkeit alles Irdischen. So lockend und reizvoll der erste Tag, so abschreckend war der letzte, die Zeichen der Verwesung zeigten sich natürlicherweise bei all' den künstlichen Gerichten. Man hätte am Abend des zweiten oder dritten Tages einen Theil der schönen Sachen verkaufen und durch neue ersetzen sollen, wenn man eine Verlängerung der Ausstellung beabsichtigte.

Die Diners, welche sich der Ausstellung anreihten, boten unseren Gourmands eine Quintessenz von Genüssen, aber die vierte Parze, die Gastrite, rächte dieselben mit ihrem Gefolge von fürchterlichen Katzenjammern. Während der Hoftrauer hielt man sich vielfach an Diners schadlos; in einer reichen kinderlosen Familie fand sogar ein Mittagsmahl für Knaben statt, welches viel besprochen wurde, weil jedes Gericht eine lehrreiche, historische oder geographische Anspielung enthielt. So wurde ein riesiger Kabeljau, als Sinnbild des Wallfisches gebraucht, erschien Jonas als Puppe im Rachen, ein brennender Plumppudding wurde als feuerspeiender Vesuv u. s. w. Auch Fastnachtsscherze wurden rasch noch improvisirt, da die Trauer gerade am Tage vor Fastnacht aufhörte. In einer ernsthaften Soiree bei der Gräfin Lüttichau, geborenen Dortu, erschien ein lustiger Faschingszug unerwarteter Weise.

Auch Bälle werden jetzt noch theilweise in den Ministerhotels nachgeholt. Beim Kriegsminister wird zuerst der früher abgesagte Ball stattfinden und dann noch einige andere nachfolgen. Die Gemahlin des Kriegsministers ist noch jung und hat schon drei heranblühende Töchter, bei denen ein Ball bereits ins Gewicht fällt. Auch Frau Minister Friedenthal sieht noch jugendlich genug aus, um den Tanz zu lieben, wie wir denn überhaupt keine alten Damen im Ministerium haben. Frau v. Schleinitz war lange Zeit die jüngste, aber die schönste ist sie noch immer. Die vielen vornehmen jungen Frauen geben der Gesellschaft von Berlin einen ganz besonderen Zauber. Auch in diplomatischen Kreisen sind jetzt einige neue Erscheinungen aufgetreten, die junge Gräfin d'Aunay, Frau v. Benkendorf und Marchesa Meyno: Amerikanerin, Russin und Italienerin. Die diplomatischen Salons sind nur immer etwas exklusiv; hätten wir nicht den Skating-

noch unumwundener, und nahe an ein entgegengesetztes Verhalten streifend, in den Telegrammen vom 8. und 9. Januar v. J. England hat daher wenigstens die Pforte niemals im Unklaren über das gelassen, was es nicht thun würde; dagegen ist es in positiver Richtung bis jetzt noch nicht über die Aufstellung der Konferenzvorschläge hinausgegangen, welche allmälig bis auf ein kaum noch erkennbares Minimum zusammenschrumpften. Selbst dieses sollte indeß der Pforte nicht lauf der Spitze des Degens überreicht werden, vielmehr blieb und bleibt England nach wie vor bemüht, den Ausbruch eines Krieges zu verhindern, bezüglich dessen Ausganges die englischen Minister dem nach London gesandten Odian Effendi im vorigen Monat übereinstimmend die bedenklichste Perspektive eröffneten. Die von den englischen Ministern (Lord Beaconsfield und Lord Derby) unumwunden ausgesprochene Ueberzeugung von einem für die Türkei unglücklichen Ausgange des Krieges gründet sich wohl auf die Wahrnehmungen, welche die nach Konstantinopel entsendeten Land- und See-Offiziere zu machen in der Lage waren.

Die vorerwähnte, vom 25. Mai 1876 (zu welcher Zeit die europäischen Geschwader sich vor Salonichi sammelten) datirende Note lautet:

Im Laufe meiner in gestriger Depesche berichteten Unterredung mit Musurus Pascha nahm ich Veranlassung, ihm zu sagen, daß es nicht erwünscht sein würde, wenn die türkische Regierung die Haltung der englischen Regierung hinsichtlich der Vorschläge der berliner Konferenz mißverstehen würde. Die englische Regierung hat es abgelehnt, sich Vorschlägen anzuschließen, welche sie für übelberathen hält; aber die Verhältnisse und die öffentliche Meinung im Lande haben sich sehr bedeutend seit dem Krimkriege geändert, und die Pforte würde nicht klug thun, sich durch Erinnerungen an jene Zeit verleiten zu lassen, auf mehr als moralische Hülfe seitens der englischen Regierung zu zählen, falls keine befriedigende Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten gefunden werden sollte. Ich flocht dieses einfach in die Unterhaltung ein und vermied es sorgfältig, die Regierung zu irgend einer bestimmten Politik zu verpflichten.

Ich bin 2c. (gez.) Derby.

Zu den neuen Aufschlüssen, welche das Blaubuch giebt, gehört auch der, daß England selbst sich auf der Vorkonferenz erboten hatte, die für die Okkupation Bulgariens erforderlichen Truppen zu stellen und die Kosten dafür vorzuschießen. In einer Depesche vom 14. Dezember (Blaubuch Nr. 57) theilt Lord Salisbury an Lord Derby mit, daß er einen desfallsigen Vorschlag gemacht, Rußland jedoch denselben abgelehnt habe. Nachdem erklärt worden war, daß keine der Konferenzmächte die Okkupation ausführen dürfe, kam bekanntlich Belgien auf die Tagesordnung. Die Kosten einer belgischen Okkupation wurden auf 40,000 Pfund Sterling veranschlagt, aber die Bevollmächtigten erklärten sämmtlich, ihren resp. Regierungen eine derartige Leistung nicht zumuthen zu können. „Die Bevollmächtigten", so schreibt Lord Salisbury am 21. Dezember an Lord Derby (Depesche Nr. 111) „wollen ihren Regierungen die Leistung irgendwelchen derartigen Vorschusses nicht anempfehlen, dieweil sie keine verfügbaren Fonds besäßen oder für die Türkei schon schwere Unkosten gehabt hätten." In einer Depesche Nr. 88 fragt Lord Salisbury bei Lord Derby telegraphisch an, ob Ihre Majestät Regierung geneigt wäre, besagten Vorschuß zu leisten, dessen zeitige Zurückzahlung vermittelst der Hammelsteuer sicher zu sein scheine, worauf Lord Derby ihm sofort zurück telegraphirte, daß England keine Schwierigkeiten wegen des erforderlichen Geldes machen werde. Der Vorschlag einer belgischen Okkupation scheiterte bekanntlich an der Ablehnung seitens der belgischen Regierung, welche darin mit der öffentlichen Meinung ihres Landes vollkommen übereinstimmte. Auch Lord Elliot machte später in einer Depesche nach London auf die Gefahren aufmerksam, denen christliche Soldaten bei einer Okkupation unter allen Umständen ausgesetzt sein würden.

## Rußland und Polen.

Ueber den Bestand und die Vertheilung der bisher mobilisirten russischen Truppen bringt die wiener „Pol. Corr." unter offiziöser Chiffre nachstehende Angaben: Die türkische Regierung hat im Kriege gegen Serbien und Montenegro wohl nicht jene Anstrengungen gemacht, welchen sie sich jetzt unterzieht. Trotz der Anspannung aller Kräfte ist es ihr aber bis jetzt nicht gelungen, mehr als etwa 100,000 Mann in Bulgarien und 60,000 Mann in Armenien zu versammeln. — Gegenüber diesen türkischen Streitkräften darf die bis heute aufgebotene russische Militärmacht für mehr als ausreichend angesehen werden. Die mobilen russischen Armeen bestehen im Augenblicke aus 20 Infanterie-Divisionen (von 48 Divisionen der Gesammt-Armee), 3 Schützen-Brigaden (von 8), 9 Kavallerie-Divisionen (von 20), 150 fahrenden, reitenden und Gebirgs-Batterien und einem Belagerungsmateriale von mehr als 500 schweren Geschützen. Die Vertheilung dieser zwei Fünftheile der gesammten Armee umfassenden Streitkräfte ist gegenwärtig folgende: In Transkaukasien, unter Kommando des General-Adjutanten, Generallieutenant Loris-Melnikoff, stehen bereit, die Grenze zu überschreiten: 4 Infanterie-Divisionen, 1 Schützen-Brigade, 2 Kavallerie-Divisionen, 9 Kuban- und Terek-Kosaken-Regimenter, 35 Feld-Batterien und ein Belagerungsmaterial von circa 150 schweren Geschützen; zusammen 115,000 Mann, darunter 95,000 Kombattanten. Hierin sind nicht eingerechnet die in Alexandropol und sonstigen Grenzfortifikationen permanent dislozirten Festungstruppen von 4–5000 Mann. — Zur Bewachung des Küstengebietes am Schwarzen Meere von Kertsch bis Akjerman stehen unter Befehl des kommandirenden Generals des odessaer Militär-Bezirkes Semeka, 4 Infaterie-Divisionen, 2 Kavallerie-Divisionen, 28 Feld-Batterien und die Festungs-Truppen von Kertsch, Otschakoff, Bender, Akjerman nebst sonstigen an der Küste vertheilten kleineren Abtheilungen: zusammen 100,000 Mann, darunter 80,000 Kombattanten. — In Bessarabien, und zwar im Raume zwischen der moldauischen Grenze und den Knotenpunkten Shmerinka und Rasdjelnja der Odessaer Eisenbahn befinden sich unter Ober-Kommando des Großfürsten Nikolaus die Truppen der Südarmee, in engen Kantonnirungen zusammengedrängt. Sie formiren vier Armeekorps und bestehen aus 8 Infanterie-Divisionen, einer Schützen-Brigade, 4 Kavallerie-Divisionen, 12 Kosaken-Regimentern (außer jenen, welche ihre Eintheilung in den Divisionen haben), 60 Feld-Batterien und einem Belagerungsmateriale von 300 schweren Geschützen, welche, sofern es die Beschaffenheit der anzugreifenden Objekte erheischen sollte, nach Bedarf weiter vermehrt werden können. Außerdem ist die Armee mit einem umfangreichen Pontonparke und sonstigen Pionnier-Materiale zur mehrfachen Ueberbrückung der Donau versehen, überdies mit einigen Abtheilungen Marine-Truppen für den Kampf auf diesem mächtigen Strome dotirt. Der Gesammtstand der Armee beträgt 200,000 Mann, darunter 150,000 Kombattanten. — In dem Raume zwischen Kamjenjetz-Podolski, Kijeff und Wladimir-Wolynski stehen als Reserve der Südarmee 4 Infanterie-divisionen, 1 Schützenbrigade und 1 Kavalleriedivision. Sie zählen zusammen 75,000 Mann, darunter 60,000 Kombattanten. — Als Kosaken-Reserve sind 10 Regimenter 2. Aufgebots und einige Batterien mobilisirt; sie zählen zusammen 10,000 Mann, darunter 8000 Kombattanten. — Endlich sind die organisationsgemäßen Ersatzkörper für die mobilisirten Truppen aufgestellt. — Alles in Allem besteht die militärische Machtentfaltung, welche Rußland seiner orientalischen Politik als Folie zu geben für nothwendig erachtete, in mehr als 600,000 Mann, von welchen ungefähr die Hälfte an den Grenzen aufmarschirt ist und nur des Befehles harrt, den Kampf aufzunehmen."

**Petersburg**, 12. Februar. Don Carlos ist gestern Vormittag von Moskau hier eingetroffen und am Bahnhof vom Stadthauptmann Trepow empfangen worden, der ihn darauf in das Hotel Demuth geleitet hat. Das „Journal de St. Petersbourg" meldet die Ankunft dieses spanischen Gastes, des „Herzogs von Madrid", an hervorragender Stelle und nennt als seine Begleiter den General Boet und den Marquis Respaldiga. Nachmittags 2 Uhr begab sich der Prinz ins Winterpalais. Acht Tage gedenkt er hier zu bleiben.

## Türkei und Donaufürstenthümer.

Die Krankheit des Sultans scheint eine Thatsache und die Veröffentlichung derselben ein Zeichen zu sein, daß die Umgebung wenig Aussicht auf Wiederherstellung des Herrschers hat. Schon am 15. d. Mts. meldete ein Korrespondent der „Pol. Korr." in Wien Folgendes:

Aus sehr guter Quelle theile ich eine Nachricht mit, die möglicherweise Zweifeln begegnen dürfte. Nichtsdestoweniger hat es seine Richtigkeit damit und darf man sich darauf gefaßt machen, bald davon zu hören, daß Sultan Abdul Hamid ernstlich krank sei. Die Krankheit ist in diesem Augenblicke erst im Entstehen und hofft man dieselbe bemeistern zu können. Die Symptome sind jedoch vorhanden, daß Abdul Hamid an demselben Uebel wie sein Bruder Murad leide.

Der „Golos" bringt aus Odessa, 14. Februar, eine daselbst von sicherster Seite eingetroffene Nachricht aus Konstantinopel, worin es heißt: „Allmälig werden bereits Gerüchte über einen beginnenden Wahnsinn beim Sultan verbreitet. Derselbe soll mit Puppen spielen und auf Hühnereier menschliche Figuren zeichnen, in der Hoffnung, Menschen hervorgehen zu lassen."

Der „N. fr. Pr." schreibt man aus Stambul v. 13. d.:

Man behauptet, daß der Sultan Merkmale der in seiner Familie herrschenden Krankheit an sich erkennen läßt, einer Krankheit, die nichts Anderes als Gehirnerweichung ist. Sollten die letzten Ereignisse jene von Marasmus gefolgte Ueberreizung bei Abdul Hamid hervorgerufen haben, deren Vorhandensein man behauptet, oder wäre der beim Sultan konstatirte Zustand die Folge geschlechtlicher Ausschweifungen? Weder das Eine noch das Andere ist mit Sicherheit festgestellt; aber von den verschiedensten Seiten hört man, daß Abdul Hamid's Gesundheitszustand Vieles zu wünschen übrig lasse.

Die „Presse" erinnert dabei an einen Ausspruch des Dr. Leidesdorf, der im letzten Sommer zur Behandlung des erkrankten Murad nach Konstantinopel berufen wurde, daß die letzten Sprößlinge der türkischen Dynastie allesammt über kurz oder lang jener geistumnachtenden schrecklichen Krankheit verfallen seien, die eine Folge der Ausschweifungen ist, zu welchen planmäßig und systematisch die Prinzen des Hauses Osman erzogen wurden, seit man im Serail zu abendländisch-human geworden, um sie sofort bei ihrer Geburt zu erwürgen. Daß der eventuelle Nachfolger Abdul Hamids, sein Bruder Mahomed Reeschad Effendi, ein Kretin ist, das wisse in Konstantinopel alle Welt. Dieses Urtheil über die Mitglieder der herrschenden Familie wurde übrigens um jene Zeit von einem gleichfalls sachverständigen Korrespondenten der „A. A. Z." in weiterer Ausführung abgegeben.

Unter diesen Umständen möchte man geneigt sein, die Hochverrathspläne, die Midhat Pascha's Sturz und Verbannung rechtfertigen sollten, mit der vorausgesehenen Regierungsfähigkeit des jetzigen Sultans und seines nächsten eventuellen Nachfolgers in Verbindung zu bringen, wenn nicht diese vorgeblichen Pläne sich ganz offenbar als eine ganz wilde Erfindung derjenigen herausstellten, welche den Sturz Midhat's herbeiführten. Ueber die wirklichen Ursachen dieser Katastrophen hebt eine Korrespondenz aus Konstantinopel die letzten Zweifel. Demnach hatte Midhat Pascha sich unterfangen, wegen einer Summe von 30,000 Pfund, die hinter seinem Rücken der Finanzminister an die Umgebung des Sultans ausgezahlt, dem letzteren ernstlich Vorstellungen unter Hinweis auf den konstitutionellen Unterschied von Zivilliste und Staatskasse zu machen. Abdul Hamid soll für die Belehrung sich huldreich durch ein werthvolles Geschenk erkenntlich gezeigt haben — gleichzeitig aber trat er mit den in ihren heiligsten Rechten durch die so konstitutionellen Doktrinen gekränkten Palastgrößen in Berathung, wie solchem „Hochverrath" in der Person des Verräthers am wirksamsten zu steuern wäre.

Die wiener „Presse" spricht sich in einem, der allgemeinen Situation gewidmeten Artikel wie folgt aus:

„Unten gährt in der ganzen Breite der türkisch-mohamedanischen Welt der entfesselte Fanatismus, in Regierungskreisen herrscht, wie in der faulsten Zeit der türkischen Geschichte nie ärger, die vollendete Apathie und der blindeste Fatalismus, und die Dynastie der Osmaniden geht ihrem Untergang entgegen. Es war noch der Schatten der großen Sultane, unter dem der Orient zusammenhielt; er verschwindet. So werden möglicherweise die Ereignisse die Antwort auf die russische Note geben, welche die Mächte zurückhalten. Das steht außer Frage, daß die gegenwärtige Pause wenig beruhigend ist, und wir denken dabei weniger noch an die diplomatische, als an den momentanen Zwischenakt in der Türkei selbst. Wir werden nicht überrascht sein, wenn uns das laufende Jahr wieder Katastrophen vorführt, wie jene, von welchen wir im letzten Zeuge gewesen sind. Die orientalische Frage ist oft und für lange Zeit manchmal wieder beschworen worden, heute scheint sie unaufhaltsam ihren Gang zu nehmen."

Was die Gährung im türkischen Reiche anbetrifft, so ist zu konstatiren, daß dieselbe in den asiatischen wie in den europäischen Provinzen einen gleich hohen Grad erreicht hat und namentlich aus Kleinasien liegen recht bedenkliche Nachrichten vor. Ueber die Zustände in Bosnien spricht sich ein Bericht der „Pol. Korr." wie folgt aus:

„In Banjaluka haben sich die Mohamedaner um den Nezib-Effendi-Biberits geschaart, welcher nur darauf sinnt, die christlichen Einwohner des Ortes heimzusuchen. Diese Gesellschaft hält ihre geheimen Sitzungen im Hause des Aga Skorupovith ab, zu welchen häufig auch Hodzas aus den benachbarten türkischen Dörfern eingeladen werden; man ist überzeugt, daß hier schreckliche Dinge gegen die Christen geplant werden und sehen die Christen sich mehr denn jemals in ihrer Existenz bedroht. Auf den Proskriptionslisten stechen alle angesehenen Christen, weshalb aus Banjaluka Alles flüchtet was nur flüchten kann. Das sind die Thatsachen, welche die Verfassungsaera in Nord Bosnien illustriren."

---

Rink, würde man selten genug neue Bekanntschaften machen. Es fehlt eben in Berlin an einem point de réunion. Die gute Gesellschaft zersplittert sich und Einer jagt vergeblich dem Andern nach. Einige Salons bieten zwar Versammlungsorte dar, aber es ist immer erst eine Einladung nöthig, um zugelassen zu werden. Die neue Oberhofmeisterin der Kaiserin, Gräfin Wilhelm Perponcher, hat ihre Salons jetzt auch geöffnet; sie bewohnt die prachtvoll eingerichtete erste Etage des Hauses, welches Graf Harry Arnim bisher besaß und früher der englischen Gesandtschaft vermiethet hatte. Dem Vernehmen nach wird die Oberhofmeisterin einen ausgedehnteren Kreis bei sich empfangen, als es Gräfin Schulenburg gethan hat und hoffentlich wird dadurch die Intelligenz der Hauptstadt auch wieder in den höchsten Kreisen eine Vertretung finden, die ihr jetzt in bedauernswerther Weise fehlt.

Eine Anbahnung dazu sollen wohl eigentlich die Vorlesungen im wissenschaftlichen Verein sein, welche jeden Sonnabend Nachmittag in den Räumen der Singakademie stattfinden. Es wird dort auch wirklich viel Gutes geboten und die Allerhöchsten Herrschaften erscheinen oft in den Logen, um aufmerksam zuzuhören. Das Publikum freilich scheint diese ästhetischen Vorlesungen zum Theil weniger zu würdigen, wenigstens soweit die Toilette in Betracht kommt. Als vor mehreren fünfzig Jahren Franz Horn, der sentimentale Literaturhistoriker, die ersten ästhetischen Vorlesungen in der berliner Universität hielt, sollen dort die vornehmen Damen in großer Promenade-Toilette erschienen und die Herren wie die Troubadours in den mittelalterlichen Blumenspielen animirt gewesen sein. Unter den Linden promenirte nachher das Auditorium noch stundenlang, um über die erhaltenen Eindrücke zu plaudern.

So beschrieb Heine in einem Briefe an Immermann das damalige Berlin, das allerdings mehr Anspruch auf literarischen Geist erheben konnte, als das gegenwärtige. Wie arm dasselbe gegenwärtig an Stoff ist, beweisen die beiden neuesten Romane von Spielhagen und Gutzkow, die genau dieselben Figuren und Motive enthalten; sie sind so einförmig, daß es neulich Jemandem passirte, in einer Leihbibliothek die Bände zu verwechseln, ohne daß er es merkte. Die beiden Helden haben denselben Vornamen, Ottomar, und beide Romane enthalten eine gleiche Anzahl von schlechten Grafen, Prinzen, strikenden Arbeitern, ja sogar ein Bildhauer-Atelier wiederholt sich. Als Würze-Karrikaturen aus der vornehmen Welt zu bringen, ist ebenfalls die Gewohnheit und Aushilfe beider Schriftsteller. Doch hat Spielhagen gegen Gutzkow gehalten, einen Vorzug, er schreibt wenigstens einen guten lesbaren Styl, während sich bei Gutzkow auf jeder Seite stylistische Ungeheuerlichkeiten finden.

Trotz des gesellschaftlich stilleren Winters haben sich viele Verlobungen in der vornehmen Welt ereignet, z. B. Gräfin Alexandrine Finkenstein und Freiherr Herwarth v. Bittenfeldt, Fräulein Schott von Schottenstein und Freiherr v. Esbeck-Platen, Gräfin v. Ziethen und Oberstlieutenant v. Winning, Fräulein Dorothea v. Hülsen und Rittmeister v. Geyer-Schweppenburg, Fräulein v. Goldacker und Graf Beust.

Die plötzliche Rückkehr der Prinzessin Marie aus Italien wird ebenfalls mit einem bevorstehenden Verlöbniß in Verbindung gebracht, obwohl eigentlich augenblicklich keine fürstlichen Freier hier anwesend sind.

## Ein merkwürdiges Konzert.

Henry Wieniawski, der treffliche Geiger, erzählte kürzlich im Freundeskreise folgendes Erlebniß aus einer Zeit, da er noch mit seinem Bruder, dem Klaviervirtuosen Louis, in Begleitung seiner Mutter eine Kunstreise durch Rußland machte. Auf einem Konzerte in Petersburg lernte sie der Adelsmarschall von Krementschug, einer größeren Stadt im Gouvernement Poltava, kennen, und lud sie ein, falls sie auf ihrer Tournée auch diesen Ort berühren sollten, sich ihm vorzustellen, um daselbst zu konzertiren. Es verging eine geraume Zeit, bis die beiden Brüder auf ihrer Rundreise endlich dahin gelangten, und da erinnerte sich Louis Wieniawski, der über Alles genau Buch zu führen pflegte, auch dieser Einladung. Sie begaben sich denn auch sofort zum Adelsmarschall, der sie aufs Freundlichste empfing, und sofort die Rede auf das zu veranstaltende Konzert brachte. Die Brüder wollten nun das Konzertlokal besichtigen, und sofort machte sich der Adelsmarschall mit ihnen auf den Weg, und sie wateten durch Koth und Schnee, bis sie vor eine Bretterbude gelangten, die offenbar einst zu Zirkuszwecken gedient haben mußte. Sie treten ein und finden zu ihrer Ueberraschung nichts als die kahle Wand. „Hier sollen wir spielen?" frugen Beide, „hier, wo es weder Bank noch Sessel giebt?" — „Das macht nichts", erwiderte der Marschall beschwichtigend, „bei uns bringt Jeder den Sessel selbst mit." „Ja, aber wo ist die Beleuchtung, es ist doch keine einzige Lampe im Saale." „Das macht nichts", war die stereotype Antwort, „bei uns bringt sich Jeder die Laterne selbst mit." Die Brüder waren mit diesem eigenthümlichen „Ländlich, sittlich" einverstanden und fragten nur noch, wie sie das Konzert ankündigen sollen. O, das geht sehr leicht, eine Druckerei haben wir zwar nicht, aber hier auf diese Thür wird es der Diener mit großen Buchstaben aufschreiben, und das verbreitet sich dann wie ein Lauffeuer durch die Stadt." Auch dazu mußten die beiden sich bequemen, der Diener erschien mit einem Pfund Kreide und begann zu schreiben — In diesem Moment kommt ein russischer Offizier, der Jahre lang in Krementschug in Garnison gelegen, und fragt den Diener, was es denn gäbe. „Ein Konzert", war die Antwort. „So, und wer wird denn spielen?" „Die Brüder Wieniawski." „Wie viele sind ihrer?" „Zwei." „Nur zwei?" fragt der Russe verwundert. „Zi, das ist der Rede werth." Spricht's, spuckt dabei verächtlich aus und geht stolzen Schrittes seiner Wege weiter. Die beiden Wieniawski waren bis jetzt erklärlicher Weise nicht sehr erbaut, aber der Adelsmarschall tröstete sie, „nur", meinte er zum Violin-Virtuosen Henry, „besser wär's freilich, wenn Sie Violoncell spielen würden, denn das hat man hier noch nicht gehört." „Aber," sagte Henry, „das geht doch nicht; ich habe doch eben Violine gelernt und nicht Cello." „Aber Freundchen", sagte der Marschall gutmüthig, „es wird Ihnen doch einerlei sein, ob Sie so geigen oder so", und hierbei machte er in der Luft die Bewegung des Striches nach Oben und nach Unten. Es ging aber nicht und es blieb beim Violinkonzert, das Tags darauf stattfinden sollte. Und in der That, als der Abend des Konzertes heranrückte, da konnte man in Krementschug Karawanen von Einwohnern — bei den Vornehmeren besorgten dies die Diener — mit einer Laterne in der einen und einem Sessel in der anderen Hand hinauspilgern sehen gegen den Zirkus, der alsbald bis auf den letzten Platz gefüllt war. Das Konzert beginnt und findet Beifall, aber da bemerkt plötzlich die Mutter der jungen Konzertanten, die mitten im Publikum saß, daß auf ihren Sohn Henry, der eben geigte, durch die Dachlucken Schneeflocken und Regentropfen herabfallen. „Ach, mein armer Sohn, wie leicht kann er sich erkälten." „So, ist das Ihr Sohn, Mütterchen", fragte ein gutmüthiger alter Herr, der neben ihr saß, sich aber sofort erhob und dem jungen Künstler mitten im Spielen zurief: „Pelz anziehen", und zum Publikum gewendet, fuhr er, gewissermaßen sich entschuldigend, fort: „Seine Mutter, die neben mir sitzt, fürchtet, er könne sich erkälten." Jetzt rufen noch zehn Stimmen: „Pelz anziehen, Pelz anziehen!" Henry dankt für die Erlaubniß, erklärt aber, im Pelz könne er doch nicht Violine spielen. „Thut nichts", rief nunmehr fast das ganze Publikum. „Pelz anziehen, Pelz anziehen!" Und so blieb dem armen Henry Wieniawski nichts übrig, als sich den Pelz anzuziehen und im Pelze weiter zu geigen. Und es ging vortrefflich, wie er versichert, und auf der ganzen Reise hatten sie nirgend eine so gute Einnahme gemacht, als in Krementschug.

Wie es in den regierenden Pfortenkreisen selbst aussieht, darüber giebt eine inhaltliche, auch von verschiedenen anderen Seiten bestätigte Mittheilung der „P. C." aus Konstantinopel Aufschluß. Es heißt darin:

„Alle Akte des Ministeriums zeugen von einer großen Unbeständigkeit der Ideen. So wurde Odian Effendi, welcher in einer finanziellen Mission in Europa weilt, beauftragt, die Verhandlungen fortzusetzen. Zwei Tage später erhielt er die Weisung, Alles gehen und stehen zu lassen und nach Konstantinopel zurückzukehren. An demselben Tage, wo dies mit Odian Effendi vorging, erhielt die Bank von England vom türkischen Ministerium zwei Telegramme, von welchen das erste die Bank ermächtigte, über den egyptischen Tribut zur Auszahlung der Kupons zu verfügen. Das zweite Telegramm widerrief vollständig die frühere Verfügung. Vor einigen Tagen war die Emission eines neuen Betrages von Papiergeld beschlossen, einige Tage später wurde die Ausführung dieses Beschlusses sistirt. Eines Tages wurde die Entwaffnung der mohamedanischen Bevölkerung angeordnet, während gleichzeitig die Organisation der Freiwilligencorps im ganzen Umfange des Reiches dekretirt wurde. Man schrieb an Reouf Pascha in Kandia, seine Hierherkunft zu beschleunigen, während er einige Stunden später eine telegraphische Weisung erhält, seinen Nachfolger dort zu erwarten. Am darauf folgenden Tage kommt ihm eine neue Ordre zu, die ihn zur höchsten Beschleunigung seiner Hierherreise auffordert. Wäre er nicht mittlerweile hier eingetroffen, wer weiß, wie viel diverse Weisungen ihm inzwischen noch zugekommen wären.

Das ist die Façon, nach welcher gegenwärtig hier regiert wird."

**Konstantinopel.** Die Aussicht, daß Midhat Pascha wieder in das so unfreiwillig und jäh verlassene Großvezirat von Neuem triumphirend einziehen könnte, ist bald genug zu Wasser geworden. Nach der „Pol. Korr." hat derselbe persönlich in Abrede gestellt, daß er eine ihn nach Konstantinopel rückberufende Depesche erhalten habe; auch die Wahrscheinlichkeit einer in nächster Zeit zu gewärtigenden derartigen Eventualität aufs Entschiedenste bezweifelt. In Konstantinopel darf von Midhat nichts mehr gesprochen oder gedruckt werden; wer es thut, ist ein einfältiger und hochverrätherischer Staatsbürger. So dekretirt es ein offiziöses Communiqué. Die Folgen seines Falles machen sich schon bemerkbar. Schon wird das von ihm entworfene liberale Preßgesetz im Geiste des Polizeistaates umgemodelt; schon ist die Justizreform vertagt, bis Oannides, der Musteschar im Justizministerium, von der Forscherreise zurückgekehrt sein wird, die man ihn antreten läßt, um die „verschiedenen Systeme Europas" — als wären dies ganz unbekannte Planeten — zu studiren. Das Vilajets-, Kantons- und Munizipalgesetz, die der am 13. d. zu eröffnenden Kammer vorgelegt werden sollen, sind noch in der Arbeit, desgleichen das Rothbuch diplomatischer Aktenstücke.

Dem wiener „Fremdenbl." bieten die günstigen Aussichten für einen Friedensschluß mit Serbien und Montenegro keine Bürgschaft, daß „nach der anderen Seite hin die Wahrscheinlichkeit des Krieges geringer geworden sei." Der Separatfrieden Montenegros und Serbiens mit der Pforte beweise vielmehr, „daß Rußland um sofort und mit Nachdruck losschlagen zu können, die neutralen Schranken, welche ihm politisch mehr, als seinem Gegner militärisch nützen werden, aufzurichten sich beeilt. Dagegen erklärt sich die „N. Fr. Pr." die plötzlich in Cettinje wie in Belgrad eingetretene Wendung daraus, daß in diesen Orten der russische Einfluß durch andere Mächte und insbesondere England paralisirt sei, welche das größte Gewicht auf das Zustandekommen des Friedens zwischen der Pforte und den Vasallenstaaten legen. „Das englische Kabinet ist des Glaubens, daß Rußland hierdurch jeder Vorwand für den Krieg geraubt würde und es, wenn es, wie es den Anschein hat, dennoch den Krieg wollen sollte, die Maske gänzlich fallen lassen müßte." Dasselbe Blatt will sogar aus den Worten des englischen Staatssekretärs Hardy die Möglichkeit herauslesen, daß England sich dennoch einem kriegerischen Vorgehen Rußlands thätig widersetzen werde.

Eine eigenthümliche Meldung bringt die „Pol. Korr." aus Zara vom 17.:

„Sämmtliche reguläre türkische Truppen in der östlichen Herzegowina konzentriren sich in den größeren Ortschaften und Festungen und überlassen die Ueberwachung der Grenze gegen Montenegro den Irregulären. Dagegen beginnen die Türken längs der österreichischen Grenze Blockhäuser zu bauen, und zwar in der Richtung gegen Ragusa und Metcovich".

Wir wissen damit augenblicklich nichts in Parallele zu stellen als eine seltsame Wendung des „Pester Lloyd", der plötzlich die Entdeckung macht, daß stärker als jemals in diesem Augenblick wieder die Frage der Garantien für die Durchführung der türkischen Reformen in den Vordergrund trete.

„Wenn man in Europa", sagt das sonst magyareneifrige und russenfeindliche Blatt, „nach wie vor dem russischen Vordringen nur mit dem größten Mißtrauen zusieht, so muß man nachträglich dahin gelangen, den russischen Forderungen formell wenigstens zuzustimmen. In dem Augenblicke, da die Unfähigkeit der Türkei sich selbst zu reformiren, erwiesen sein wird, wird die orientalische Frage auch in neuer Gestalt auftreten. Jedes Staatswesen, dessen Interessen in dieser Frage ständig engagirt sind und das darauf angewiesen ist, diese Interessen mit dauernden Garantien zu umgeben, wird diesen Schutz in entsprechender Weise versuchen müssen, ohne die täglich wechselnden anarchischen Gewalten, welche den türkischen Staat ruiniren, in weitern Kalkül zu ziehen.

Der Kommentar zu diesen Sätzen, die in solchem Munde wenigstens etwas Orakelhaftes haben, muß vorerst abgewartet werden.

---

# Lokales und Provinzielles.

**Posen**, 20. Februar.

— **Der Geistliche Barcikowski**, Vikar in Buk, welcher wegen Uebertretung der Maigesetze hier eine achttägige Gefängnißstrafe verbüßt hat, ist, wie der „Kuryer Poznański" meldet, außerdem noch zu 324 Mark oder 40 Tage Gefängniß verurtheilt.

r **Die Fortbildungsanstalt für Lehrer** wurde am 1. Februar c. eröffnet. Es sind in derselben zunächst Kurse für französische und englische Sprache zu je 2 Stunden wöchentlich eingerichtet worden. Die Abtheilung für Englisch hat 19, die Oberabtheilung für Französisch 10 und die Unterabtheilung für denselben Gegenstand 18 Theilnehmer. Weitere Anmeldungen zu diesen Kursen können nicht meh berücksichtigtr werden, dagegen nimmt das Kuratorium noch ferner Anmeldungen für andere Unterrichtsfächer, soweit solche nach dem Statut zuläßig sind, bereitwillig entgegen und hofft, in kurzer Zeit mit der Einrichtung eines neuen Kursus vorgehen zu können.

— **Schulstatistik.** Nach dem letzlen amtlichen Schul-Blatte vom 15. d. M. sind im Regierungsbezirk Posen 7 evangelische und jüdische, 6 katholische Elementarstellen vakant.

—r. **Kreis Bomst**, 18. Februar. [Karger landwirthschaftlicher Verein. Kontrol-Versammlungen. Landwehrverein.] Der karger landwirthschaftliche Verein wird am 23. d. M. zum ersten Male seine Sitzung in Wollstein abhalten. Es werden nunmehr an derselben auch diejenigen Mitglieder theilnehmen können, welche der weiten Entfernung wegen verhindert waren, nach Unruhstadt zu kommen. Auf der Tagesordnung stehen die Mittheilungen des Fischereivereins. — Die diesjährigen Frühjahrs-Kontrolversammlungen werden bei uns am 4. April, in Hammer und Rakwitz am 5., in Priment und Wollstein am 6., in Bomst und Zodyn und am 7. in Schwenten und Unruhstadt stattfinden. — Der im Nov. v. J. in Rakwitz unter dem Vorsitz des Lieutenant Busch ins Leben gerufene Landwehrverein erfreut sich einer regen Theilnahme Derselbe beging am 12. d. M. in dem zu diesem Zwecke festlich geschmückten Seefeld'schen Etablissement eine gesellige Zusammenkunft, an welcher sich auch die Frauen und Töchter der Mitglieder betheiligten. Der patriotischen Ansprache des Herrn Vorsitzenden, die mit einem dreimaligen „Hoch" auf unsern greisen Kaiser schloß, folgte ein Tanzkränzchen, das bis spät in die Nacht währte.

§ **Dobrzyca**, 15. Februar [Vorschußverein.] Von der segensreichen Thätigkeit des hiesigen Vorschuß-Vereins, Eingetragene Genossenschaft, zeugt der Abschluß vom 31. Dezember 1876 Nach demselben betrugen die Aktiva: Kassenbestand 203,18 M., die Wechselforderungen 17,040 M., zusammen also 17,253,75 M. Die Passiva: Reservefond 412,95 M., Mitgliederguthaben 4172,84 M., Darlehen 11,434,62 M., Spareinlagen 446,50 M., überhobene Zinsen 157,95 M., die Dividende und Tantieme 628,89 M., mithin ebenfalls 17,253,75 M — Die Zahl der Mitglieder ult. 1875 betrug 80, 6 wurden neu aufgenommen und 9 schieden aus, demnach blieben ult. 1876 77. — Im Laufe des Jahres wurden 261 Vorschüsse geleistet, zusammen mit 60,432 M. Der Gesammtumsatz belief sich indessen auf 127,322,96 M.

? **Fraustadt**, 16. Februar. [Postalisches.] Unser Ort welcher bezüglich seiner postalischen Verbindungen im Laufe der Zeit manche Einbuße erlitten hat, so daß der Pferdebestand der hiesigen Posthalterei, welcher sich früher auf etwa zwanzig belief, allmälich auf fünf Stück herabgesunken ist, soll, wie man hört, im Laufe der nächsten Monate eine Personen-Post nach Schlichtingsheim erhalten. Auch unser Telegraphen-Amt soll eine wesentliche Erweiterung durch Herstellung einer Drahtverbindung mit Altkloster erfahren, dessen sämmtliche Depeschen dasselbe demnächst zu vermitteln haben wird. Wir nehmen von dieser Verkehrserweiterung mit um so größerer Befriedigung Notiz, als unser Ort in dieser Beziehung seit Jahren etwas stiefmütterlich behandelt wird, und wünschen daher, daß, nachdem erst der Anfang gemacht, mit weiteren Verbesserungen vorgegangen werden möchte. Nur bedauern wir unsere Postbeamten, denen der ohnehin so beengte Raum der Büreaus, in welchen stets ein größeres Personal thätig ist, durch Aufstellung neuer Telegraphen-Apparate wesentlich eingeschränkt wird. Eine Erweiterung der Postlokale wäre unter den in Aussicht stehenden neuen Verhältnissen jedenfalls ein Bedürfniß.

# **Strzalkowo**, 18. Februar. [Sturm. Beschälstationen. Ersatzgeschäft. Standesamt. Feuer. Simultanschule in Powidz.] In der Nacht vom 11. zum 12. d. M. hat in hiesiger Gegend ein orkanartiger Sturm getobt, der am Vormittage zwischen 9 und 10 Uhr seine größte Heftigkeit erreichte und bedeutende Verwüstungen an Gebäuden und in Wäldern angerichtet hat. Im hiesigen Dorfe ist selten ein Haus zu finden, an dem kein Schaden zu sehen ist. In der nahen russisch-polnischen Stadt Slupce hat der Wind von dem dortigen Haupt-Zoll-Amt das Zinndach beinahe vollständig aufgerollt und auf die Straße geschleudert. Auf dem Dominium Lodz in der Gegend von Konin wurden von drei Gebäuden, die erst im vergangenen Jahre erbaut waren, die Pappdächer vollständig abgerissen. Bei Sagorowo wurde eine Windmühle umgeworfen. Auf der Strecke zwischen Slupce und Konin sind eine Menge von Telegraphenstangen umgerissen worden. Ebenso wurde eine beträchtliche Anzahl von Bäumen längst der Chaussee auf der genannten Strecke quer über dieselbe geworfen, so daß der Verkehr auf kurze Zeit gehemmt war. — Laut einer Bekanntmachung des Landstallmeisters Herrn v. Kotze zu Zirke werden im Regierungsbezirk Posen in diesem Jahre zu Koninsko Kreis Schrimm, zu Kolatka Kreis Schroda, zu Kretkowo, zu Miloslaw und zu Graboszewo Kreis Wreschen, Beschälstationen errichtet. Die Beschäler sollen Ende Februar auf den Stationen eintreffen und kehren Ende Juni nach dem Marstall in Zirke zurück. — In diesem Jahre soll das Ersatz-Geschäft für den Polizei-Distrikt Strzalkowo, welches bisher immer in der Kreisstadt Wreschen abgehalten wurde, hierselbst abgehalten werden. — Wie in anderen Kreisen, so soll auch dem hiesigen königlichen Distrikts-Kommissarius das Standesamt wegen Ueberbürdung von Geschäften abgenommen und dasselbe einer andern Persönlichkeit übertragen werden. — Am 16. d. M. brannte gegen 6 Uhr Abends auf dem Dominium Koscianki, 15 Kilom. von hier entfernt, welches dem Rittergutsbesitzer Herrn v. Hulewicz gehört, ein langer Viehstall bis auf die Umfassungsmauern nieder. — Dem Lokal-Schul-Inspektor und Pastor Frischbier zu Witkowo ist von der königlichen Regierung in Bromberg angezeigt worden, daß in nächster Zeit die Simultanschule in Powidz in's Leben treten wird. Hieraus geht hervor, daß die katholischen Gemeindemitglieder, welche gegen die Einrichtung der Simultanschule bei der vorgesetzten Behörde vorstellig wurden, abschläglich beschieden sind.

**Bromberg**, 19. Februar. [Zur Bürgermeisterwahl.] Am Sonnabend fand in der Aula der Bürgerschule (dem Sitzungssaale der Stadtverordneten) über die Kandidaten, welche sich zu der hiesigen Bürgermeisterstelle gemeldet haben, eine vertrauliche Besprechung der Stadtverordneten statt. Wie verlautet, sollen sich dieselben dahin geeinigt haben, zwei von ihnen auf die engere Wahl zu bringen. Die Bürgermeisterwahl wird am Donnerstag nächster Woche, am 1. März c., stattfinden.

J. **Inowrazlaw**, 15. Februar. [Schiffbarmachung der oberen Netze.] In der am 7. d. Mts. abgehaltenen Sitzung des hiesigen landwirthschaftlichen Vereins hielt Oekonomierath Becker-Plawin einen Vortrag über die Schiffbarmachung der oberen Netze. Das Referat enthält so interessante Ausführungen, daß wir dieselben hier folgen lassen:

„Als vor einigen Jahren die Schiffbarmachung der oberen Netze im Hause der Abgeordneten beschlossen und gleichzeitig eine Rate von 200,000 Thlrn. Zwecks rascher Förderung der Arbeiten bewilligt wurde, herrschte in den betreffenden Kreisen und namentlich im inowrazlawer Kreise die freudigste Erregung über dies Vorgehen des Herrn Handelsministers, wodurch einem längst und tief gefühlten Bedürfniß endlich Rechnung getragen werden sollte. Seit der Zeit sind 3 Jahre vergangen, und noch immer ist der Bau des Schifffahrts-Kanals nicht in Angriff genommen worden. Ob die Vorarbeiten nun endlich beendet sind, so daß im nächsten Frühjahr mit der Kanalisirung vorgegangen werden kann? Wir wissen es nicht; wir wissen nur, daß technische Untersuchungen zur Herstellung eines Seitenkanals von der Netze zur Saline im fiskalischen Interesse angestellt worden sind, daß aber angeblich der großen Kosten wegen, die Ausführung dieses Projekts wieder aufgegeben sein soll. — Die Befürchtung, daß mit dem Aufgeben dieses Planes auch zugleich die Schiffbarmachung der Netze selbst aufgegeben und in der königl. Regierung zu Bromberg begraben werden könnte, greift daher immer mehr Platz, uns erscheint es daher als eine dringende Aufgabe des hiesigen landwirthschaftlichen Vereins, sich über den Stand dieser Angelegenheit Aufklärung zu verschaffen, und, falls die oben ausgesprochene Befürchtung begründet sein sollte, Alles, was in seinen Kräften steht, aufzubieten, um ein Begräbniß zu verhindern und möglichst dahin zu wirken, daß endlich mit der Ausführung der Kanalsarbeiten im nächsten Frühjahr vorgegangen werde. Es kann nicht meine Absicht sein, die Bedeutung der schiffbaren Netze in Bezug auf Handel und Verkehr hier noch besonders hervorzuheben, da dieselbe wohl von keiner Seite, sogar nicht von Seiten der königl. Staatsregierung bestritten wird. Dagegen scheint es dringend geboten, den Herrn Handelsminister und vorzugsweise den Herrn landwirthschaftlichen Minister auf den großen Einfluß, den der Schifffahrts-Kanal auf die landwirthschaftliche und gewerbliche Entwickelung voraussichtlich ausüben wird, von dieser Stelle aus ganz besonders aufmerksam zu machen. — Die Kreisstadt Inowrazlaw und nicht minder der inowrazlawer Landkreis eignen sich vorzugsweise zur Gründung von gewerblichen und industriellen Unternehmungen. Erstere wegen ihrer überaus günstigen Lage in der Mitte des Kreises und in der Nähe der Eisenbahn, letzterer wegen seiner vorzüglichen Bodenverhältnisse. Auch der hiesige landwirthschaftl. Verein hat dies bereits anerkannt, und die neugegründete Zuckerfabrik „Kujavien" liefert schon jetzt den Beweis, daß diese Ansicht eine richtige sei — Der inowrazlawer Kreis aber krankt an Uebelständen, die in den andern Kreisen dieser Provinz theils gar nicht, theils nur in geringerem Maße vorhanden sind und die nur mit staatlicher Hülfe überwunden werden können. Der erste große Uebelstand, der die Gründung von industriellen Unternehmungen, namentlich der Zuckerfabriken in diesem Kreise so sehr erschwert, ist der Mangel an Wasser, oder vielmehr die ungünstige Lage der vorhandenen Gewässer wegen zu großer Entfernung von der Stadt Inowrazlaw und der Eisenbahn. Eine zweite nicht minder große Kalamität ist das angrenzende Rußland, dessen unnatürliche Grenzsperre wie ein Alp auf dem ganzen Kreise lastet, alle Handelsunternehmungen dorthin lähmt und auf ein Minimum beschränkt. Die nach dieser Richtung hin laufenden Verkehrsadern des Kreises sind unterbunden und wie durch eine chinesische Mauer gleichsam abgedämmt. Um so mehr liegt das dringendste Bedürfniß vor, die Verkehrsadern im Kreise selbst offen zu erhalten, sie miteinander zu verbinden und dadurch neu zu beleben. Eine Hauptverkehrsstraße würde die Netze sein, deren Schiffbarmachung daher von der größten Wichtigkeit ist. Die schiffbare Netze würde aber erst dann ihre größte Bedeutung erlangen können, wenn dieselbe durch Herstellung eines schiffbaren Seitenkanals, wie die königl. Regierung beabsichtigt hat, mit der Eisenbahn bei Inowrazlaw in Verbindung gesetzt wird. Eine Verbindung beider Hauptverkehrsstraßen würde nicht nur dem fiskalischen Interesse der königl. Saline dienen, sondern auch für den ganzen Kreis und namentlich für die Stadt Inowrazlaw von der allergrößten Bedeutung sein, deren Wassermangel dadurch gründlich und für immer abgeholfen werden könnte. Wenn die von verschiedenen Aerzten ausgesprochene Ansicht begründet ist, daß die so häufige Wiederkehr der Cholera in der Stadt Inowrazlaw und die furchtbaren Verheerungen derselben, wodurch bereits so viele Menschenleben vernichtet sind, hauptsächlich dem Mangel an Wasser und dessen schlechten Beschaffenheit zuzuschreiben sind, so dürfte dieser Umstand allein schon hinreichend sein, die königl. Staats-Regierung zur schleunigsten Abhülfe zu veranlassen und zwar umsomehr, als die Stadt Inowrazlaw dazu außer Stande ist. Erst mit der Herstellung dieses Kanals wird das große Werk des großen Königs, der den bromberger Kanal geschaffen hat, seine Beendigung und seinen würdigen Abschluß gefunden haben. Sollte demnach die Herstellung eines schiffbaren Seitenkanals auf ganz unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen, so würde eine Verbindung der Netze mit der Eisenbahn theils durch einen schiffbaren Kanal theils durch einen Schienenweg herzustellen sein. Die Entfernung der Netze von der Eisenbahn beträgt 1800 Ruthen. Was den Kostenpunkt anbetrifft, so würde nach der Berechnung des Herrn Regierungsgeometers Hübner bei Herstellung einer solchen Verbindung exkl. der Erwerbung des Mitbenutzungsrechts der Klausa'schen Bahn nur die Summe von 57 420 erfordern. Würde nun auf diese Weise eine Verbindung der schiffbaren Netze mit der Eisenbahn bei Inowrazlaw hergestellt, so würden für den größten Theil des Kreises und namentlich für das ganze Flußgebiet der Netze, von der russischen Grenze bis nach Inowrazlaw die Wege für industrielle Unternehmungen geebnet sein. Es würde beispielsweise eine Zuckerfabrik bei Inowrazlaw ihren Bedarf an Rüben aus dem Gebiete des Goplo See's beziehen können, während umgekehrt eine am Goplo See befindliche Fabrik ihre Kohlen Rüben und sonstigen Bedürfnisse aus Inowrazlaw und Umgegend mit Leichtigkeit beziehen könnte. In Erwägung nun, daß die Zucker-Industrie der Provinz Sachsen zum Theil nur auf künstliche Weise aufrecht erhalten wird, daß trotz der hohen Kultur des Bodens, trotz der so günstigen klimatischen Verhältnisse, trotz Dampfflug, Kultur und Anwendung von ungeheuren Massen künstlichen Düngers der dortige Rübenertrag sowohl nach Quantität, als besonders nach Qualität von Jahr zu Jahr immer mehr abnimmt, während, wie durch eine zweijährige Erfahrung konstatirt ist, die auf dem hiesigen, verhältnißmäßig armen Boden gebauten Rüben bei ungünstigen klimatischen Verhältnissen und ohne Anwendung künstlichen Düngers den dortigen im Ertrage gleichstehen, an Zuckergehalt aber bedeutend übertreffen. In Erwägung ferner, daß der Grund und Boden im hiesigen Kreise für einen fast vierfach niedrigeren Preis als dort erworben werden kann, ist die Hoffnung gerechtfertigt, daß die Zucker-Industrie immer mehr diesem Kreise sich zuwenden wird. Demnach erlaube ich mir den Antrag zu stellen, an die königl. Staatsregierung die ergebene Bitte zu richten: Mit der Schiffbarmachung der oberen Netze im nächsten Frühjahr vorgehen zu wollen und gleichzeitig eine Verbindung der Netze mit der Eisenbahn bei Inowrazlaw auf Staatskosten herstellen zu lassen; ich beantrage ferner, eine Deputation zu ernennen, bestehend aus städtischen und ländlichen Vereinsmitgliedern mit dem Auftrage die betr. Petition abzufassen, sich nach Berlin zu begeben, dort durch unsere Abgeordneten sich zu verstärken und mit diesen vereint dem Herrn Handelsminister die Petition zu übergeben, dann aber auch dem Herrn Finanzminister, dem Herrn landwirthschaftl. Minister so wie dem Fürsten Reichskanzler und Sr. Majestät dem Kaiser über diese so überaus wichtige Angelegenheit, die eine wirkliche Lebensfrage für den ganzen Kreis ist, Vortrag zu halten, auch die königl. Regierung in Bromberg von dem Inhalte derselben in Kenntniß zu setzen mit dem Ersuchen, dieselbe sofort höheren Orts befürworten zu wollen. Sollten jedoch wider Erwarten die Bemühungen unserer Deputation den gewünschten Erfolg nicht haben, so beantrage ich, unsere Abgeordneten zu ersuchen, bei der bevorstehenden Etatsberathung des Handelsministeriums im Abgeordnetenhause die Schiffbarmachung der oberen Netze zur Sprache zu bringen und den Herrn Handelsminister dahin zu interpelliren:

1) Aus welchen Gründen die für Schiffbarmachung der oberen Netze bereits vor 3 Jahren bewilligten 200,000 Thlr. bis jetzt noch nicht zur Verwendung gekommen sind, und wann mit der Kanalisirung derselben der Anfang gemacht werden soll? [Eine solche Interpellation ist in der Budgetkommission bereits durch den Abg. v. Wilamowitz erfolgt. — Red. d. Posener Ztg.]

2) Den Antrag zu stellen, mit der Schiffbarmachung der oberen Netze gleichzeitig eine Verbindung der Netze mit der Eisenbahn bei Inowrazlaw auf Staatskosten herstellen zu lassen.

Meine Herren! Wir leben in einer Provinz, in welcher, wegen der östlichen Lage und der so extremen Witterungsverhältnisse auf stets sichere Getreideernten nicht zu rechnen ist, weshalb ein Aufblühen der Landwirthschaft nur im Verein mit Gewerbe und Industrie ermöglicht werden kann; wir leben ferner in einer Provinz, die von zwei verschiedenen Nationalitäten bewohnt wird, deren politische Gegensätze ein einheitliches Zusammenwirken gemeinsamer Interessen so sehr erschweren. Wir leben endlich in einer Provinz, in welcher Industrie und Gewerbe noch fast gänzlich darniederliegen. Die Förderung und die Pflege von Industrie und Gewerbe Seitens der königl. Staatsregierung in dieser Provinz aber ist gleichbedeutend mit der Förderung des Wohlstandes und der Hebung der Steuerkraft derselben, ist gleichbedeutend mit der Stärkung und Kräftigung des deutschen Elements, da ein Zuzug deutscher Unternehmer und Arbeiter die natürliche Folge sein würde. Wenn wir nun unter diesen Verhältnissen uns Hülfe suchend an die königl. Regierung wenden, so glaube ich die Hoffnung aussprechen zu dürfen, daß die königl. Regierung in Berücksichtigung aller hier angeführten Thatsachen, sowohl im allgemeinen Landeskultur-Interesse, wie im staatlichen Interesse in den ersten Anfängen zu einem gewerblichen und industriellen Leben uns hülfreich die Hand bieten und geneigt sein wird, die Wege zu ebnen und die Hindernisse hinwegzuräumen, die einem Aufblühen dieses Kreises in landwirthschaftl. und industrieller Beziehung bisher entgegenstanden."

In Folge des von Herrn Becker gestellten Antrages wurde eine aus den Herren: Landrath Graf zu Solms, Kaufmann Levy und Oek.-Rath Becker bestehende Kommission gewählt und mit dem Entwurfe der qu. Petition betraut.

---

# Aus dem Gerichtssaal.

In dem Prozeß Rudolf Meyer hat der Vertheidiger Quenstedt nach den von mehreren Zeitungen (auch von uns) gegebenen Bericht u. A. gesagt: „Herr von Diest hat mir mehrere bestätigte Abschriften von Herrn von Blanckenburg übergeben, in welchen es

(Beilage.)

wörtlich hieß, dem Fürsten von Bismarck seien von dem Hause von Bleichröder eine halbe Million preußische Zentral-Boden-Kredit-Aktien zum Course von 106 gutgeschrieben worden. Vier Tage nach dieser Gutschrift waren diese Aktien auf 128 gestiegen, und ohne daß Fürst Bismarck für die ihm zugedachten Aktien jemals die geringste Einzahlung geleistet, sei ihm die Differenz herausgezahlt worden." Mit Bezug hierauf veröffentlicht Herr v. Blanckenburg-Zimmerhausen in der „Post" eine Erklärung, in der er heißt:

„Ich lasse dahin gestellt, ob Herr von Diest jene Aeußerungen wirklich so, wie sie in den Zeitungen steht, dem Vertheidiger gemacht hat, oder ob diese nur ungenau durch ihre Korrespondenten informirt wurden. In dem Briefe, den ich an einen Dritten zu dessen Information geschrieben habe und von welchem Herr v. Diest, wahrscheinlich ohne Erlaubniß des Adressaten, sich Abschrift genommen zu haben scheint, heißt es wörtlich: „Die Aktien (nach amtlicher Auskunft) wurden zu 106 an die Börse gebracht. Ohne Bismarck's Vorwissen hat sein Bankier im laufenden Konto zu 108 (etwas) nicht unbedeutend gekauft und später verkauft." Wo in aller Welt ist hier die Rede von bedenklichem Gründergewinn.

Es ist durch die öffenntliche Verhandlung völlig aufgeklärt, daß ich mit dieser Behauptung im Irrthum gewesen bin. Die Kürze und Bestimmtheit ist nur dadurch erklärlich, daß sie für einen Dritten bestimmt war, für den sie mehr ein Beispiel war, eine Ergänzung zu dem, was er schon mündlich durch mich wußte. Ich könnte mich mit dieser Berichtigung begnügen, ergreife aber gern die Gelegenheit — da ein Zeuge nicht verlangen kann, nach den Schlußreden des Staatsanwalts und Vertheidigers noch gehört zu werden — auf die Andeutungen des Vertheidigers, „als sei in meinem Briefe etwas Bedenkliches, oder für Fürst Bismarck Gravirendes enthalten und daß es ein Glück sei, daß mein Irrthum heute aufgeklärt worden", auf diesem Wege zu erwidern: Niemals haben meine mündlichen oder schriftlichen Auslassungen einen andern Sinn gehabt und haben können, als daß ich die Möglichkeit zugab, daß der Banquier des Fürsten ohne dessen Auftrag aus den baaren Beständen desselben Aktien derart gekauft habe, — niemals habe ich von einem Differenzgeschäft gesprochen. Wenn ein solcher Ankauf nun geschehen wäre, wie es nach den eidlichen Aussagen des Herrn von Bleichröder nicht geschehen ist, — wie ist es möglich, daraus eine ehrabschneidende Verdächtigung zu machen? Darf der Banquier eines Ministers allein keine preußischen Zentral-Boden-Kredit-Aktien für denselben, aus seinen baaren Ueberschüssen kaufen, ohne den Ruf des Ministers zu gefährden? Mir ist sehr genau erinnerlich, wie die Grundbesitzer den Fürsten Bismarck seiner Zeit drängten, ein Geldinstitut zu realisiren, das dem Realkredite besser aufhelfen könne, als die Landschaften, welche zu der Zeit sämmtlich noch sehr niedrige Taxprinzipien hatten. Man hielt damals die Zeit für sehr günstig, Geld vom Auslande und aus dem kapitalreicheren Westen Deutschlands herbeizuführen und dem Institute einen Umfang und die Fähigkeit zu geben, durch Vertrieb der Pfandbriefe in das Ausland, den bedrängten Grundbesitzern der östlichen Provinzen gründlicher durch Realkredit aufzuhelfen, als dies bis dahin durch die Landschaften geschehen konnte. Ich weiß persönlich sehr genau, wie Fürst Bismarck besorgt war, die richtige, zuverlässigste Persönlichkeit zum Direktor vorzuschlagen und sich Freunde in den Verwaltungsrath wählen zu lassen, durch welche die Staatsbehörde stets unterrichtet werden könnte über den Gang der Operationen dieses Instituts, um ermessen zu können, wann und ob einzuschreiten sei, wenn dasselbe nicht statutenmäßig verwaltet würde. Welche bitteren Erfahrungen werden nun vom Fürsten Bismarck gemacht, wenn aus denjenigen Kreisen, für die dies Geldinstitut hauptsächlich errichtet wurde, derartige giftige Ohrenbläsereien und Verleumdungen kolportirt werden, wie sie sich jetzt schon als solche herausstellen.

Mein Urtheil über Herrn v. Diest's Vorgehen in dieser Sache werde ich natürlich suspendiren, bis er vor dem Strafrichter, vor den er nun doch unzweifelhaft gestellt werden wird, bewiesen hat, was er behauptet. Er berühmt sich ja öffentlich in Hotels, die Gelegenheit und die Mittel dazu zu haben: „den Kaiser aus den Klauen dieses Menschen (des Reichskanzlers) zu befreien."

## Staats- und Volkswirthschaft.

** **Posen**, 20. Februar. Wie wir hören, hat der Verwaltungsrath der Provinzial-Aktienbank beschlossen, der am 12. März zusammentretenden Generalversammlung der Aktionäre vorzuschlagen, für das vergangene Jahr eine Dividende von 6½ pCt. zu vertheilen.

## Vermischtes.

* **Diplomatisches.** Das „Tgbl." schreibt aus Berlin: „Man theilt uns ein seltsames Aktenstück mit, welches in diesen Tagen auf einer hiesigen größeren diplomatischen Soiree den ungeheuersten Heiterkeitserfolg errang und die Runde bei allen Anwesenden machte. Ein Herr vom diplomatischen Metier hatte nämlich tabellarisch berechnet, daß seit Beginn des Aufstandes in der Herzegowina nahe an 12,000 sage zwölf Tausend diplomatische Dokumente, größere und kleinere, von den verschiedenen diplomatischen Kanzleien in die Welt gesandt wurden. Diese Tabelle liegt uns abschriftlich vor. Danach hatte „fabrizirt": die russische Diplomatie an 2200, die türkische an 2000, die englische an 2200, die österreichische an 1700, die französische an 1600, die italienische an 1200 und die deutsche an 1000, zusammen also 11,900 Dokumente. Das neueste englische Blaubuch veröffentlicht allein 1090 derartige Aktenstücke, die im ersten Band desselben auf 757, im zweiten Bande auf 380 Seiten abgedruckt sind. Soviel vergossene Tinte „pro Nihilo".

* **Breslau**, 19. Febr. Dieser Tage ist, wie wir im „Börsen-Cour." lesen, ein Vertrag abgeschlossen worden, demzufolge das Lobe-Theater in die Hände zweier Herren Levin, beide aus Berlin, übergegangen ist. Eigenthümer des Theaters ist, wie man weiß, derzeit Direktor Lebrun und Pächter Herr L'Arronge, der bekannte Verfasser von „Mein Leopold", welch' letzterer nunmehr die Direktion niederlegt, während die genannten Herren sie gemeinsam mit Dr. Hugo Müller, der seinerseits wieder die Direktion des dresdener Residenztheaters aufgiebt, übernehmen.

* **Mülhausen i. E.**, 15. Februar. Am 9. d. starb der frühere Reichstagsabgeordnete Henri Häffely nach einer langen und schmerzhaften Krankheit. Häffely war der Schmied seines Glückes; er hinterläßt der „Frkf. Ztg." zufolge ein Vermögen von etwa 6 Millionen. Direkte Erben sind nicht vorhanden und wird die Hinterlassenschaft, so viel man bereits vernimmt, auf's beste für gemeinnützige Zwecke verwendet werden. Die hiesige „Societé industrielle", welcher Häffely schon bei Lebzeiten 100,000 Franks schenkte, erhält testamentarisch 300,000 Franks, der Gemeinde Pfastadt, in welcher sich die Fabrik Häffely's befand, vermachte er Terrain, welches den Werth von ungefähr einer Million repräsentirt. Die Gemeinde hat dafür unentgeltlichen Schulunterricht einzuführen und ein Spital für kranke Arbeiter zu bauen. (Das ist doch Gemeinsinn, das zeigt edles Mitgefühl für andere Menschen. Wie hoch steht dieser Mann über seinen kürzlich in Schlesien verstorbenen Mitmillionär, welcher seinem Neffen, der dies gar nicht erwartete, mehrere Millionen überließ, ohne etwas für gemeinnützige Zwecke ausgesetzt zu haben.)

* **London.** [Belohnung eines Hundes.] Die englische Regierung hat den Preis von 2500 Franks, den sie vor einigen Jahren für die Auffindung der zerstückelten Ueberreste eines in Blackburne gemordeten Kindes ausgesetzt hatte, — einem Neufundländer Hunde Namens Morgan zuerkannt. Dank der Spürkraft dieses Thieres sind die zerstreuten Theile des Leichnams aufgefunden worden, die zur Entdeckung des Mörders geführt haben. Das Ministerium des Innern hat die 2500 Franks dem Besitzer des Hundes aushändigen lassen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

## Telegraphische Nachrichten.

**Berlin**, 20. Februar. Im Abgeordnetenhause fand die zweite Berathung des Gesetzentwurfs über die Theilung der Provinz Preußen statt. Nachdem die Abgg. Bender und Mahrann gegen, v. Bethusy-Huc und Hirsch (Danzig) für den Gesetzentwurf gesprochen, rechtfertigte der Minister Graf Eulenburg die Vorlage unter Hinweis auf den dringenden Wunsch der Bevölkerung Westpreußens, von Ostpreußen getrennt zu werden. Die Debatte wurde geschlossen und hierauf in namentlicher Abstimmung der prinzipielle § 1 mit 201 gegen 158 Stimmen angenommen. Dagegen stimmte: Fortschritt, Zentrum und Polen. Hierauf wurden auch die folgenden Paragraphen der Vorlage genehmigt, der auf die Vermögen-Auseinandersetzung bezügliche § 4 mit den von Seydel und Miquel gestellten, die eventuelle gesetzliche Regelung betreffenden Amendements: Hierauf wurde in fortgesetzter längerer, meist von Zentrumsmitgliedern geführter Debatte der Kultusetat bis einschließlich des Kapitels „katholische Geistlichen und Kirchen" genehmigt. Fortsetzung in der Abendsitzung.

**Berlin**, 20. Febr. Der Norddeutschen Allg. Ztg. zufolge wird der Reichstag durch Kaiser Wilhelm persönlich eröffnet werden.

**Washington**, 20. Febr. Dem Vernehmen nach ist gegen das Journal Capitol auf Anordnung des Präsidenten Grant wegen Verläumdung, Anreizung zur Revolution und zur Ermordung, Hayes falls derselbe zum Präsidenten gewählt wird, die gerichtliche Verfolgung eingeleitet worden.

**Barcelona**, 20. Februar. Ein von den Anhängern Zorilla's geplantes Komplott ist entdeckt worden, welches während des königlichen Besuchs hierselbst zum Ausbruch kommen sollte. Sieben Personen sind verhaftet und die Untersuchung eingeleitet worden.

## Nach dem Eichwaldthore

führen von der Stadt aus zwei Hauptwege, durch die Schützenstraße an der Cegielski'schen Fabrik vorbei und über den Bernhardinerplatz und durch die Bernhardinerstraße. Beide Wege sind gegenwärtig an einzelnen Stellen vollkommen aufgeweicht, so daß Fußgänger darin bis an die Knöchel versinken. Diese Stellen befinden sich in der Verlängerung der Schützenstraße, nahe dem Eichwaldthore, und in der Allee zwischen dem Bernhardinerplatze und diesem Thore; auf beiden Wegen ist der aufgeschüttete Lehm in Folge des Regens der letzten Tage vollkommen aufgeweicht. Wie man hört, hat nun das Polizeidirektorium die Aufforderung an den Magistrat gerichtet, diese Wegstrecken zu befestigen oder wenigstens zunächst dort Kies aufschütten zu lassen. Magistrat jedoch weigert sich, dieser Aufforderung nachzukommen, da er die Schützen- und die Bernhardinerstraße so weit habe befestigen lassen, als der Stadtgemeinde Posen eine Verpflichtung dazu obliege. Da nun die Festungsbehörde gleichfalls die Verpflichtung zur Befestigung jener Wegstrecken bestreitet, so kann demnach das Publikum, welches bei derartigen Streitigkeiten zwischen Kommunal- und Festungs-Behörde stets am schlimmsten fortkommt, inzwischen sehen, wie es durch den bodenlosen Schmutz hindurchkommt. Denjenigen, welche von der Stadt einen Spaziergang nach der Eichwaldstraße machen wollen, ist es zu empfehlen, entweder durch die Halbdorfstraße bis zum Wildathore und von dort auf der Wallstraße bis zum Eichwaldthore zu gehen, oder den Weg über den Graben und die Wallstraße nach dem Eichwaldthore zu wählen. M.

---

## Handelsregister.

Die Kaufleute **Friedrich August Grosch** und **Eduard Rudolph Albrecht Krause**, Beide in **Cottbus** wohnhaft, haben für ihre seit dem 1. Juli 1874 in Cottbus unter der Firma: Grosch und Krause bestehende Haupthandelsniederlassung, am 15. Januar 1877 hier in Posen unter gleichnamiger Firma, eine Zweigniederlassung errichtet und ist dieselbe in unser Gesellschafts-Register unter Nr. 297 zufolge Verfügung vom 13. Februar 1877 heute eingetragen.

Posen, den 14. Februar 1877.

**Königliches Kreis-Gericht.**

In dem Konkurse über das Vermögen der Kauffrau **Hedwig Ruth** in Firma **H. Ruth** zu Posen ist zur Verhandlung und Beschlußfassung über einen Akkord ein Termin auf den

**10. März cr.,**

Vormittags 10 Uhr

vor dem Konkurs-Kommissar im Gerichts-Zimmer Nr. XI. anberaumt worden.

Die Betheiligten werden hiervon mit dem Bemerken in Kenntniß gesetzt, daß alle festgestellten Forderungen der Konkursgläubiger, soweit für dieselben weder ein Vorrecht, noch ein Hypothekenrecht, Pfandrecht oder anderes Absonderungsrecht in Anspruch genommen wird, zur Theilnahme an der Beschlußfassung über den Accord berechtigen. Die Handlungsbücher, die Billanz nebst dem Inventar und den vom Verwalter über die Natur und den Charakter des Konkurses erstattete schriftliche Bericht, liegen in unserm Bureau XI. zur Einsicht den Betheiligten offen.

Posen, 13. Februar 1877.

**Königliches Kreisgericht.**

Auf dem **Vorwerk Brzustow**, 3/4 Meile von Jarotschin, decken die nachfolgenden beiden Hengste des Königl Landgestütes Zirke:

**Beinuzu** für 9 Mark.
**Tempel** für 12 Mark.

**Die Góraer Dominial-Verwaltung.**

Eine wenig gebrauchte Wehler-Wilson-Nähmaschine steht billig z. Verk. Ober-Wilda Nr. 51. bei **Reinhardt**, 1 Tr.

# Torf-Verkauf.

Um mit dem gestochenem Torfe bis Frühjahr zu räumen, wird von heut ab bis Ende März das Tausend, sowohl im Freien, wie aus dem Schuppen, um 25 Pfennige billiger verkauft. Auf größere Vorausbestellung wird 1/3 Anzahlung, als Kaution, genommen.

Ludom, d. 19. Febr. 1877.

**Die von Nathusius-Ludom'sche Torfverwaltung.**

## Verpachtung.

Die zur Propstei Zydowo Kreis Posen gehörende Aecker v. 180 Morgen werden meistbietend verpachtet — auf 12 folgende Jahre — loko Zydowo am 1. März c. 10 Uhr Vormittag. — Bedingungen der Verpachtung werden im Termin vorgelegt. Kaution 600 Mark.

**Zugerichtetes u. verbundenes Holz zu einem Wohnhause** von 160 Fuß Länge und 34 Fuß Breite und **8 Räder zur Torfmanaige** fr. Bahnhof **Sulencin** sind billig zu verkaufen vom

**Dom. Sulencin**
bei Neustadt a. d. Warthe.

**Am 1. März** Mittags 12 Uhr werden auf dem Dominialhofe in Stenszewo 6 gute überzählige Arbeitspferde meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigert.

**8 Stück**

**junges Mastvieh** stehen auf **Vorwerk Modrzewie** bei Lekno zum Verkauf.

Zu verm. Wallischei 67/68 3 Stuben, Küche m. Wasserl. u. 1 Geschäftskeller.

Mein Hauptgeschäft befindet sich jetzt

# Markt Nr. 56

im Hause der Zuckerwaaren-Fabrik **Frenzel & Co.**

# S. Krause,

**Cigarren- & Tabak-Fabrik.**

## Größte deutsche Singer-Nähmaschinen-Fabrik.

**Reelle Garantie.** **Unterricht gratis.**

Leichter geräuschloser Gang. Geringste Abnützung.

SEIDEL & NAUMANN PATENT — NEUE SINGER NÄHMASCHINEN

Jede echte **Seidel & Naumann** Singer-Nähmaschine trägt vorstehenden Stempel auf dem Patent-Knopf.

**Jährliche Production 15000 Familien-Nähmaschinen.**
**Die Singer-Familien-Nähmaschinen von Seidel & Naumann in Dresden**

erfreuen sich des besten **Renommés**, sind ihrer vielseitigen praktischen Verbesserungen wegen unstreitig das vorzüglichste Fabrikat, und übertreffen **die sogenannten amerikanischen Nähmaschinen** in allen Theilen.
Die an jeder Maschine angebrachte Original-Patentspulvorrichtung vermindert die Abnützung um 40 pCt.
Eine Nähmaschine ist für viele Familien ein theuerer Gegenstand, es ist daher bei deren Anschaffung umsomehr zu empfehlen, stets nur **das beste und solideste Fabrikat** zu wählen.
Alleiniger Repräsentant für **Posen**

**Emil Mattheus,** Breite Straße 10.

**Zu soliden Preisen sind:** Hochstämmige, halbstämmige, Zwerg- und **Spalier-**, Aepfel- und Birnen-Bäume, sowie Pflaumen und Aprikosen in **Radojewo** bei Posen zu verkaufen.

Eine große **Remise** zu vermiethen Ziegenstraße 6. Zu erfragen Markt 48 in der Möbelhandlung.

**Getreidesäcke, Mehlsäcke** empfiehlt in bester Auswahl z. d. billigsten Preisen **L. Brodnitz.** Markt 47.

**Geräucherte Speckflundern** empfiehlt **J. N. Leitgeber.**

**Gebrauchte Gebinde,** aber noch in gutem Zustande, werden zu kaufen gesucht. Offerten erbeten an **Rudolf Mosse** in **Posen** sub **N. N. 10.**

**In Czerniejewo** bei Gnesen ist eine **Lokomobile** u. **Sägemühle** zum Holzschneiden, ganz neu, zu verkaufen.

**Die Gutsverwaltung** der Majoratsherrschaft Czerniejewo.

Hohe Gasse 4 sind kleine Wohnungen zu verm. Zu erfr. im 1. Stock.

## Eine alte Hof-Uhr

auf dem hiesigen Postgrundstücke, welche 24stündiges Gehwerk, Viertel- und Voll-Schlagewerk, Secunden-Pendel, 2 Zifferblätter von 53 cm. Durchmesser mit vollständigem Zeigerwerke hat, soll verkauft werden.

Nähere Auskunft ertheilt das Bau-Bureau im Postgebäude Schriftliche Angebote sind bis zum 28. d. M. an das Bau-Bureau einzureichen.

Posen, den 20. Februar 1877.

Der Kaiserl. Post-Baurath.

Hecken- und Raupenscheeren
Ast- und Rosenscheeren,
Baum- und Astsägen,
Garten- und Okulirmesser,
Spargelmesser u. dergl. mehr
empfiehlt

**C. Preiss,**

Messerschmied,
jetzt Alten Markt **Nr. 7**, neben der Conditorei von **A. Pfitzner.**
Dergleichen werden daselbst auch geschliffen und reparirt.

**Ziegelei-, Torfstich- und Guts-Besitzer!**

Ganz neue, aus vollkantigem Holze auf Schwellen unter Pappdach auf Schaalung erbaute **Schuppen**, mit und ohne Gerüste und Ziegelbrettchen sind **sehr billig** zu verkaufen.
Näheres: **R. Fiebig** in **Posen**, Schützenstraße 24.

**Sandluzerne**

hat das **Dom. Bialokoß** bei **Pinne** noch einige Ztr. abzugeben.

Für Posen und Umgegend habe ich den Allein-Verkauf meiner patentirten transportablen Bier-Zapfapparate Herrn

**Moritz Brandt,**
**Posen, Neue Str. 4,**

übergeben, und ist derselbe in der Lage, die Apparate zu Fabrikpreisen abzugeben.

*W. Noll.*

## Familien-Nachrichten.

**Jenny Oettinger**
**Aron Reißner**
Verlobte.
**Neustadt bei Pinne.**

## Auswärtige Familien-Nachrichten.

**Verlobt:** Frl. Hedwig Germann mit Prem.-Lieut. von Dresler und Scharfenstein in Magdeburg-Erfurt. Frl. Mary Brandt mit Gutsbesitzer John von Düffel in Herzberg a H.-Wittmund. Frl. Elisabeth Villert mit Hauptmann Guido von Schwarzkopf in Breslau. Frl Julie Brauns mit Kaufmann Friedrich Schmidt in Hannover. Frl. Hedwig Hempel mit Hrn. Reinhold Stoevesandt in Berlin.

**Verehelicht:** Pastor Voigt mit Frl. Lyda Stüber in Magdeburg. Bildhauer Peter Dunkel mit Frl. Pauline Voigt.

**Geboren:** Ein Sohn: Hotelbesitzer Trabert Hrn. F. v. Britzke-Warchau. Hauptmann a D. Patrunky in Wiesenthal. Herrn Otto Steinicke in Berlin. Hrn. A. Britzmann in Berlin — Eine Tochter: Hrn. v. Lücken in Massow. Kammerherrn Frhrn. von Solemacher-Antweiler in Grünhaus. Prm.-Lieutenant Gerlach in Tilsit. Oberförster Feußner in Ciß b. Czersk. Hrn. S. Neufeld in Berlin.

**Gestorben:** Wirkl. Geh. Ober-Justiz-Rath und Appellations-Gerichts-Präsident a. D. Ernst Ludwig v Gerlach in Berlin. Fräul. Antoinette de l'Homme de Courbiere in Berlin. Direktor Karl Wilhelm Wagner in Lübben. Frau Marie von Zanthier, geb. Erfurdt, in Greifswald. Diakonus Theodor Biedermann in Wolmirstedt. Hrn. K. v. Walbaum Sohn Karl in Stralsund. Frau Missionsprediger Dr Marie Klee, geb. Trescher, in Danzig. Geh. Regierungsrath Gustav Niemann in Danzig. Ober-Medizinalrath Dr. Ludwig Haas in Wiesbaden. Hr. Geh. Medizinalrath Dr. Hagedorn in Stade. Verw. Frau Johanna Pito, geb. Rühl, in Berlin. Herr Adolph Hamann in Berlin. Klempnermeister Albert Kiesewetter in Berlin. Rentier Karl Michaut in Berlin. Stud. jur. et cam. Ernst Lionnet in Berlin. Kaufmann und Bezirksvorsteher Adolf Berghauer in Berlin. Rentier Andreas Gottlieb Hennig in Berlin.



## Naturwissenschaftlicher Verein.

**Donnerstag,** den 22 d. M. um 6 Uhr Abends in der Aula der Realschule öffentlicher Vortrag des **Prof. Szafarkiewicz**
**Ueber Quellwasser in der Diluvial-Formation.**

### Dem verstummten Freunde!

Durch Dresden, Leipzig, Petersburg, Berlin
Konnt'st ruhig Du mit kaltem Herzen ziehn.
In Posen suchtest Du ein **„eignes Heim"!**
Doch beim Versuche ließest Du es sein.
Drum Schelmchen Du, gebo'rn am deutschen Rhein
Send' durch **„dies Blatt"** ein freundlich Wort mir ein.
Bis jetzt noch **„ehr ich Deine Offenheit"**
Und hoff' in nächster Zeitung den Bescheid!



Druck und Verlag von W. Decker u. Co. (E. Röstel) in Posen.